



**BNP PARIBAS**

9. Januar 2019

---

**BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH  
Frankfurt am Main  
("Emittentin")**

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("WPPG")  
ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN NACH § 6 WPPG  
(DIE "**PROSPEKTE**")  
NR. 1 BIS 6:

NACHTRAG NR. 3 zum

Prospekt Nr. 1:

Basisprospekt

vom 8. Juni 2018

zur Neuemission sowie zur Erhöhung des Emissionsvolumens von  
Faktor Long Zertifikaten (ohne Laufzeitbegrenzung)  
Faktor Short Zertifikaten (ohne Laufzeitbegrenzung)

NACHTRAG NR. 3 zum

Prospekt Nr. 2:

Basisprospekt

vom 8. August 2018

zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des  
Emissionsvolumens von Optionsscheinen

NACHTRAG NR. 2 zum

Prospekt Nr. 3:

Basisprospekt

vom 17. September 2018

zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des  
Emissionsvolumens von Zertifikaten, Aktienanleihen, Anleihen

NACHTRAG NR.1 zum

Prospekt Nr. 4:

Basisprospekt

vom 29. Oktober 2018

zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des  
Emissionsvolumens von Express Zertifikaten

NACHTRAG NR.1 zum  
Prospekt Nr. 5:  
Basisprospekt  
vom 2. November 2018  
zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des  
Emissionsvolumens von Wertpapieren (Anleihen und Zertifikate)

NACHTRAG NR.1 zum  
Prospekt Nr. 6:  
Basisprospekt  
vom 3. Dezember 2018  
zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des  
Emissionsvolumens von Wertpapieren (Anleihen und Zertifikate) mit einer Rückzahlung zu 100 % des  
Nennwerts am Laufzeitende

**Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den vorgenannten Basisprospekten bis zum Datum dieses Nachtrags begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.**

**In den Fällen, in denen BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main, zu richten.**

**In allen anderen Fällen ist der Widerruf gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat.**

**Der Widerruf muss nicht begründet werden und ist in Textform abzugeben. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.**

Während der Gültigkeitsdauer der vorgenannten Prospekte sowie solange im Zusammenhang mit den vorgenannten Prospekten begebene Wertpapiere öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der vorgenannten Prospekte, in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe am eingetragenen Sitz der Emittentin, Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main, bereitgehalten.

Darüber hinaus werden die Prospekte und der Nachtrag auf der Internetseite der Emittentin [www.derivate.bnpparibas.com/service/basisprospekte](http://www.derivate.bnpparibas.com/service/basisprospekte) für Anleger in Deutschland, in Österreich und in Luxemburg veröffentlicht.

Die nachtragsbegründenden Umstände sind:

1. *Die Veröffentlichung der Finanzinformationen für das 3. Quartal 2018 endend am 30. September 2018 der Garantin BNP Paribas S.A.*

Der nachtragsbegründende Umstand ist eingetreten am:

*30. Oktober 2018 am Nachmittag*

2. *Die mit der Veröffentlichung der vorgenannten Finanzinformationen für das 3. Quartal 2018 endend am 30. September 2018 einhergehende Veröffentlichung des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular (2017 Registration Document)*

Der nachtragsbegründende Umstand ist eingetreten am:

*30. Oktober 2018 am Nachmittag*

3. *Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der EU-Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie in Frankreich und die daher erforderliche Aktualisierung der Angaben zur EU-Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie*

Der nachtragsbegründende Umstand ist eingetreten am:

*12. Dezember 2018 am Nachmittag*

4. *Gesetzesänderungen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die daraus folgende Aktualisierung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (2017 Registration Document) im Rahmen des Zweiten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular (2017 Registration Document) und die nach Auffassung der Emittentin dadurch erforderliche Aktualisierung der Risikofaktoren in Bezug auf die Garantin*

Der nachtragsbegründende Umstand ist eingetreten am:

*12. Dezember 2018 am Nachmittag*

5. *Die Sitzverlegung von BNP Paribas Arbitrage S.N.C.*

Der nachtragsbegründende Umstand ist eingetreten am:

*3. Dezember 2018 am Nachmittag*

1. In der **Zusammenfassung in Abschnitt B - 2) Informationen bezüglich BNP Paribas S.A. als Garantin** unter **B.19/B.5 Konzernstruktur**, wird für jeden der vorgenannten Prospekte der bisherige Text vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

B.19/ B.5	Konzernstruktur	BNPP ist ein führender Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen und hat in Europa vier Inlandsmärkte für das Privatkundengeschäft, und zwar in Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg. Sie ist in 73 Ländern vertreten und hat mehr als 198.000 Mitarbeiter, davon nahezu 150.000 in Europa. BNPP ist die Muttergesellschaft der BNP Paribas Gruppe (zusammen die " <b>BNPP-Gruppe</b> ").
--------------	-----------------	---

2. In der **Zusammenfassung in Abschnitt B - 2) Informationen bezüglich BNP Paribas S.A. als Garantin** unter **B.19/B.12 Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen**, werden für jeden der vorgenannten Prospekte der bisherige Text und die Tabellen mit den Finanzinformationen vollumfänglich wie folgt ersetzt:

B.19/ B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	<p>Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Finanzinformationen der Garantin, die den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Garantin zum 31. Dezember 2016 und zum 31. Dezember 2017 bzw. dem Finanzbericht für den Neunmonatszeitraum zum 30. September 2018 entnommen wurden.</p> <p>Die vorgenannten Abschlüsse wurden nach Internationalen Rechnungslegungsstandards (<i>International Financial Reporting Standards - IFRS</i>) aufgestellt.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3"><b>Jährliche Finanzdaten für den Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2016 - in Mio. EUR</b></th> </tr> <tr> <th></th> <th><b>31.12.2017 (geprüft)</b></th> <th><b>31.12.2016 (geprüft)</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Umsatzerlöse</td> <td>43.161</td> <td>43.411</td> </tr> <tr> <td>Risikokosten</td> <td>(2.907)</td> <td>(3.262)</td> </tr> <tr> <td>Konzernanteil am Jahresüberschuss</td> <td>7.759</td> <td>7.702</td> </tr> </tbody> </table> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3"><b>Jährliche Finanzdaten zum Stichtag 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2016 – in Mio. EUR</b></th> </tr> <tr> <th></th> <th><b>31.12.2017 (geprüft)</b></th> <th><b>31.12.2016 (geprüft)</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bilanzsumme Konzern</td> <td>1.960.252</td> <td>2.076.959</td> </tr> <tr> <td>Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden</td> <td>727.675</td> <td>712.233</td> </tr> <tr> <td>Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden</td> <td>766.890</td> <td>765.953</td> </tr> <tr> <td>Eigenkapital (Konzernanteil)</td> <td>101.983</td> <td>100.665</td> </tr> </tbody> </table> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3"><b>Zwischenfinanzdaten für den Neunmonatszeitraum endend am 30. September 2018 im Vergleich zum Neunmonatszeitraum endend am 30. September 2017 - in Mio. EUR</b></th> </tr> <tr> <th></th> <th><b>9M18* (nicht geprüft)</b></th> <th><b>9M17 (nicht geprüft)</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Umsatzerlöse</td> <td>32.356</td> <td>32.629</td> </tr> <tr> <td>Risikokosten</td> <td>(1.868)</td> <td>(1.922)</td> </tr> <tr> <td>Konzernanteil am Jahresüberschuss</td> <td>6.084</td> <td>6.333</td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Zwischenfinanzdaten zum Stichtag 30. September 2018 im Vergleich zum</b></p>	<b>Jährliche Finanzdaten für den Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2016 - in Mio. EUR</b>				<b>31.12.2017 (geprüft)</b>	<b>31.12.2016 (geprüft)</b>	Umsatzerlöse	43.161	43.411	Risikokosten	(2.907)	(3.262)	Konzernanteil am Jahresüberschuss	7.759	7.702	<b>Jährliche Finanzdaten zum Stichtag 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2016 – in Mio. EUR</b>				<b>31.12.2017 (geprüft)</b>	<b>31.12.2016 (geprüft)</b>	Bilanzsumme Konzern	1.960.252	2.076.959	Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	727.675	712.233	Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	766.890	765.953	Eigenkapital (Konzernanteil)	101.983	100.665	<b>Zwischenfinanzdaten für den Neunmonatszeitraum endend am 30. September 2018 im Vergleich zum Neunmonatszeitraum endend am 30. September 2017 - in Mio. EUR</b>				<b>9M18* (nicht geprüft)</b>	<b>9M17 (nicht geprüft)</b>	Umsatzerlöse	32.356	32.629	Risikokosten	(1.868)	(1.922)	Konzernanteil am Jahresüberschuss	6.084	6.333
<b>Jährliche Finanzdaten für den Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2016 - in Mio. EUR</b>																																																		
	<b>31.12.2017 (geprüft)</b>	<b>31.12.2016 (geprüft)</b>																																																
Umsatzerlöse	43.161	43.411																																																
Risikokosten	(2.907)	(3.262)																																																
Konzernanteil am Jahresüberschuss	7.759	7.702																																																
<b>Jährliche Finanzdaten zum Stichtag 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2016 – in Mio. EUR</b>																																																		
	<b>31.12.2017 (geprüft)</b>	<b>31.12.2016 (geprüft)</b>																																																
Bilanzsumme Konzern	1.960.252	2.076.959																																																
Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	727.675	712.233																																																
Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	766.890	765.953																																																
Eigenkapital (Konzernanteil)	101.983	100.665																																																
<b>Zwischenfinanzdaten für den Neunmonatszeitraum endend am 30. September 2018 im Vergleich zum Neunmonatszeitraum endend am 30. September 2017 - in Mio. EUR</b>																																																		
	<b>9M18* (nicht geprüft)</b>	<b>9M17 (nicht geprüft)</b>																																																
Umsatzerlöse	32.356	32.629																																																
Risikokosten	(1.868)	(1.922)																																																
Konzernanteil am Jahresüberschuss	6.084	6.333																																																

Stichtag 31. Dezember 2017 – in Mio. EUR		
	30.09.2018* (nicht geprüft)	31.12.2017 (geprüft)
Bilanzsumme Konzern	2.234.226	1.960.252
Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	744.632	727.675
Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	792.655	766.890
Eigenkapital (Konzernanteil)	99.876	101.983

\* die Zahlen zum 30. September 2018 beziehen sich auf den neuen Rechnungslegungsstandard IFRS 9

Erklärung, dass sich die Aussichten der Garantin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben oder Beschreibung jeder wesentlichen Verschlechterung		Die Aussichten der Garantin haben sich seit dem 31. Dezember 2017 (als dem Ende der letzten Finanzberichtsperiode, für die geprüfte Finanzinformationen veröffentlicht worden sind) nicht wesentlich verschlechtert.
Beschreibung wesentlicher Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition		Entfällt. Es sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der BNP Paribas Gruppe seit dem 30. September 2018 (als dem Ende der letzten Finanzberichtsperiode, für die ein Quartalsfinanzbericht der Garantin veröffentlicht worden ist) eingetreten.

"

3. In der **Zusammenfassung** in **Abschnitt B - 2) Informationen bezüglich BNP Paribas S.A. als Garantin** unter **B.19/B.13 Aktuelle Entwicklungen**, wird für jeden der vorgenannten Prospekte der bisherige Text vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"

B.19/ B.13	Aktuelle Entwicklungen	Entfällt.  Es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Garantin seit dem 30. September 2018, die für die Bewertung der Solvenz der Garantin relevant sind.
---------------	------------------------	--

"

4. Im **Kapitel II. RISIKOFAKTOREN** in **Abschnitt B. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE GARANTIN**, werden im Prospekt Nr. 1 die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"

Um die mit der Garantin der Wertpapiere verbundenen Risiken bzw. die Faktoren, welche die Fähigkeit der BNP Paribas S.A. zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten als Garantin in Bezug auf gemäß diesem Basisprospekt begebene Wertpapiere betreffen, einschätzen zu können, sollten potenzielle Anleger die Informationen

- auf den Seiten 253 bis 263 des BNPP 2017 Registrierungsformulars (in der englischen Sprachfassung) und

- auf den Seiten 187 bis 196 des Zweiten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular (in der englischen Sprachfassung),

berücksichtigen, die an dieser Stelle durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen und gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG Bestandteil dieses Basisprospekts sind (eine Liste, die angibt, wo die im Wege des Verweises einbezogenen Angaben enthalten sind, befindet sich in Abschnitt "VII. PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN" auf Seite 84 dieses Basisprospekts)."

5. Im **Kapitel II. RISIKOFAKTOREN** in **Abschnitt B. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE GARANTIN**, werden in den Prospekten Nr. 4 bis Nr. 6 die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"Um die mit der Garantin der Wertpapiere verbundenen Risiken bzw. die Faktoren, welche die Fähigkeit der BNP Paribas S.A. zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten als Garantin in Bezug auf gemäß diesem Basisprospekt begebene Wertpapieren betreffen, einschätzen zu können, sollten potenzielle Anleger die nachfolgenden Informationen (in der englischen Sprachfassung) berücksichtigen.

There are certain factors that may affect the Guarantor's obligations under the Guarantee. If one or more of the below mentioned risks materialize, this may have a significant adverse effect on the Guarantor's ability to fulfil its obligations under the Guarantee. **Thus, investors are exposed to the risk that, if one or more of the risks mentioned below materialize, they will suffer significant losses up to the total loss of their invested capital:**

(1) *Credit Risk* - Credit risk is the consequence resulting from the likelihood that a borrower or counterparty will fail to meet its obligations in accordance with agreed terms. The probability of default and the expected recovery on the loan or receivable in the event of default are key components of the credit quality assessment;

(2) *Securitisation in the Banking Book* - Securitisation means a transaction or scheme, whereby the credit risk associated with an exposure or pool of exposures is tranching, having the following characteristics:

- payments made in the transaction or scheme are dependent upon the performance of the exposure or pool of exposures;
- the subordination of tranches determines the distribution of losses during the life of the risk transfer.

Any commitment (including derivatives and liquidity lines) granted to a securitisation operation must be treated as a securitisation exposure. Most of these commitments are held in the prudential banking book;

(3) *Counterparty Credit Risk* - Counterparty credit risk is the translation of the credit risk embedded in financial transactions, investments and/or settlement transactions between counterparties. Those transactions include bilateral contracts such as over-the-counter ("OTC") derivatives contracts as well as contracts settled through clearing houses. The amount of this risk may vary over time in line with changing market parameters which then impacts the replacement value of the relevant transactions.

Counterparty risk lies in the event that a counterparty defaults on its obligations to pay BNPP the full present value of the flows relating to a transaction or a portfolio for which BNPP is a net receiver. Counterparty credit risk is also linked to the replacement cost of a derivative or portfolio in the event of counterparty default. Hence, it can be seen as a market risk in case of default or a contingent risk;

(4) *Market Risk* - Market risk is the risk of incurring a loss of value due to adverse trends in market prices or parameters, whether directly observable or not.

Observable market parameters include, but are not limited to, exchange rates, prices of securities and commodities (whether listed or obtained by reference to a similar asset), prices of derivatives, and other parameters that can be directly inferred from them, such as interest rates, credit spreads, volatilities and implied correlations or other similar parameters.

Non-observable factors are those based on working assumptions such as parameters contained in models or based on statistical or economic analyses, non-ascertainable in the market.

In fixed income trading books, credit instruments are valued on the basis of bond yields and credit spreads, which represent market parameters in the same way as interest rates or foreign exchange rates. The credit risk arising on the issuer of the debt instrument is therefore a component of market risk known as issuer risk.

Liquidity is an important component of market risk. In times of limited or no liquidity, instruments or goods may not be tradable or may not be tradable at their estimated value. This may arise, for example, due to low transaction volumes, legal restrictions or a strong imbalance between demand and supply for certain assets.

The market risk related to banking activities encompasses the interest rate and foreign exchange risks stemming from banking intermediation activities;

(5) *Liquidity Risk* - Liquidity risk is the risk that BNPP will not be able to honour its commitments or unwind or settle a position due to the market environment or idiosyncratic factors (i.e. specific to BNP Paribas), within a given timeframe and at a reasonable cost.

Liquidity risk reflects the risk of the BNPP Group being unable to fulfil current or future foreseen or unforeseen cash or collateral requirements, across all time horizons, from the short to the long term.

This risk may stem from the reduction in funding sources, draw down of funding commitments, a reduction in the liquidity of certain assets, or an increase in cash or collateral margin calls. It may be related to the bank itself (reputation risk) or to external factors (risks in some markets).

The BNPP Group's liquidity risk is managed under a global liquidity policy approved by the BNPP Group's ALM Committee. This policy is based on management principles designed to apply both in normal conditions and in a liquidity crisis. The BNPP Group's liquidity position is assessed on the basis of internal indicators and regulatory ratios;

(6) *Operational Risk* - Operational risk is the risk of incurring a loss due to inadequate or failed internal processes, or due to external events, whether deliberate, accidental or natural



occurrences. Management of operational risk is based on an analysis of the "cause – event – effect" chain.

Internal processes giving rise to operational risk may involve employees and/or IT systems. External events include, but are not limited to floods, fire, earthquakes and terrorist attacks. Credit or market events such as default or fluctuations in value do not fall within the scope of operational risk.

Operational risk encompasses fraud, human resources risks, legal risks, non-compliance risks, tax risks, information system risks, conduct risks (risks related to the provision of inappropriate financial services), risk related to failures in operating processes, including loan procedures or model risks, as well as any potential financial implications resulting from the management of reputation risk;

(7) *Compliance and Reputation Risk* - Compliance risk is defined in French regulations as the risk of legal, administrative or disciplinary sanctions, of significant financial loss or reputational damage that a bank may suffer as a result of failure to comply with national or European laws and regulations, codes of conduct and standards of good practice applicable to banking and financial activities, or instructions given by an executive body, particularly in application of guidelines issued by a supervisory body.

By definition, this risk is a sub-category of operational risk. However, as certain implications of compliance risk involve more than a purely financial loss and may actually damage the institution's reputation, BNPP treats compliance risk separately.

Reputation risk is the risk of damaging the trust placed in a corporation by its customers, counterparties, suppliers, employees, shareholders, supervisors and any other stakeholder whose trust is an essential condition for the corporation to carry out its day-to-day operations.

Reputation risk is primarily contingent on all the other risks borne by BNPP, specifically the potential materialisation of a credit or market risk, or an operational risk, as well as a violation of the Group's code of conduct;

(8) *Insurance Risks* - BNP Paribas Cardif is exposed to the following risks:

- underwriting risk: underwriting risk is the risk of a financial loss caused by a sudden, unexpected increase in insurance claims. Depending on the type of insurance business (life, non-life), this risk may be statistical, macroeconomic or behavioural, or may be related to public health issues or disasters;
- market risk: market risk is the risk of a financial loss arising from adverse movements of financial markets. These adverse movements are notably reflected in price fluctuations (foreign exchange rates, bonds, equities and commodities, derivatives, real estate, etc.) and derived from fluctuations in interest rates, credit spreads, volatilities and correlations;
- credit risk: credit risk is the risk of loss or adverse change in the financial situation resulting from fluctuations in the credit standing of issuers of securities, counterparties and any debtors to which the BNP Paribas Cardif group is exposed. Among the debtors, risks related to financial instruments (including the banks in which the BNP Paribas Cardif group holds deposits) and risks related to receivables generated by the underwriting activities

(premium collection, reinsurance recovering, etc.) are divided into two categories: assets credit risk and liabilities credit risk;

- liquidity risk: liquidity risk is the risk of being unable to fulfil current or future foreseen or unforeseen cash requirements coming from insurance commitments to policyholders, because of an inability to sell assets in a timely manner; and
- operational risk: operational risk is the risk of loss resulting from the inadequacy or failure of internal processes, IT failures or external events, whether accidental or natural. These external events include those of human or natural origin.

(9) *Difficult market and economic conditions have in the past had and may in the future have a material adverse effect on the operating environment for financial institutions and hence on BNPP's financial condition, results of operations and cost of risk.*

The Bank's businesses are highly sensitive to changes in financial markets and economic conditions globally and especially in Europe. In recent years, the Bank was, and may again in the future be, confronted with a significant deterioration of market and economic conditions resulting, among other things, from crises affecting sovereign debt and capital markets, the availability of credit or liquidity, regional or global recessions, sharp fluctuations in commodity prices, currency exchange rates or interest rates, volatility in prices of financial derivatives, inflation or deflation, counterparty restructurings or defaults, corporate or sovereign debt rating downgrades or adverse political and geopolitical events (such as natural disasters, pandemics, societal unrest, geopolitical tensions, acts of terrorism, cyber-attacks, military conflicts or threats thereof and related risks). Such disruptions, which may develop quickly and hence not be fully hedged, could affect the operating environment for financial institutions for short or extended periods and have a material adverse effect on the Bank's financial condition, results of operations or cost of risk.

Economies in the Bank's principal markets and generally speaking globally, experienced growth in 2017 and the cyclical recovery may continue in 2018. There are nonetheless downside risks arising from factors such as evolving monetary policies (and in particular the risk of sharper than expected tightening leading to financial turbulence), trends in inflation, geopolitical tensions, protectionist tendencies, and possible volatility in financial or commodity markets.

Moreover, a resurgence of sovereign debt tensions cannot be ruled out, particularly in a rising interest rate environment with increasing funding costs. In particular, European markets experienced significant disruptions at various points in recent years from this source, initially originating from concerns regarding the ability of certain countries or institutions in the euro zone to refinance their debt obligations. These disruptions have in certain periods caused tightened credit markets, increased volatility in the exchange rate of the euro against other major currencies, affected the levels of stock market indices and created uncertainty regarding the economic prospects of certain countries in the European Union as well as the quality of bank loans to sovereign debtors in the European Union. The Bank holds and may in the future hold substantial portfolios of sovereign debt and has and may in the future have substantial amounts of loans outstanding to sovereign borrowers; a new sovereign debt crisis could cause it to incur impairment charges or losses on sales. The Bank also participates in the interbank financial market and as a result, is indirectly exposed to risks relating to financial institutions with which it does business. More generally, the sovereign debt crisis had, and

could again in the future have, an indirect impact on financial markets and, increasingly, economies, in Europe and worldwide, and more generally on the environment in which the Bank operates.

If economic conditions generally or in Europe in particular (the latter due to any of the above generally applicable factors or to heightened risk of or even the occurrence of a sovereign default, the failure of a significant financial institution or the exit of a country or territory from the euro zone or the European Union) were to deteriorate, the resulting market disruptions could have a significant adverse impact on the credit quality of the Bank's customers and financial institution counterparties, on market parameters such as interest rates, foreign exchange rates and stock market indices, and on the Bank's results of operations, liquidity, ability to raise financing on acceptable terms and financial condition.

*(10) The United Kingdom's referendum to leave the European Union may lead to significant uncertainty, volatility and disruption in European and broader financial and economic markets and hence may adversely affect BNPP's operating environment.*

On 23 June 2016, the United Kingdom held a referendum in which a majority of its voters opted to leave the European Union ("Brexit") and on 29 March 2017, the government of the United Kingdom invoked Article 50 of the Treaty on European Union (the "Lisbon Treaty") relating to withdrawal. Pursuant to Article 50, the Lisbon Treaty and the Treaty on the Functioning of the European Union cease to apply in the relevant state from the date of entry into force of a withdrawal agreement, or, failing that, two years after the relevant state notifies the European Council of its intention to withdraw, although this period may be extended in certain circumstances. Negotiations between the United Kingdom and the European Union to determine their relationship going forward, including regarding trade, financial and legal arrangements, are ongoing. The nature, timing and economic and political effects of Brexit remain highly uncertain and will depend upon the results of future negotiations between the United Kingdom and the European Union, and hence may adversely affect the Bank's operating environment and therefore its results and financial condition.

*(11) Due to the geographic scope of its activities, BNPP may be vulnerable to country or regional-specific political, macroeconomic and financial environments or circumstances.*

The Bank is exposed to country risk, meaning the risk that economic, financial, political or social conditions of a foreign country, especially a country in which it operates, will affect its financial interests. The Bank monitors country risk and takes it into account in the fair value adjustments and cost of risk recorded in its financial statements. However, a significant change in political or macroeconomic environments may require it to record additional charges or to incur losses beyond the amounts previously written down in its financial statements. Moreover, factors specific to a particular country or region in which the Bank operates could create difficult operating conditions, leading to operating losses or asset impairments.

*(12) BNPP's access to and cost of funding could be adversely affected by a resurgence of financial crises, worsening economic conditions, rating downgrades, increases in credit spreads or other factors.*

The financial crisis, the euro zone sovereign debt crisis as well as the general macroeconomic environment have at times adversely affected the availability and cost of

funding for European banks in recent years. This was due to several factors, including a sharp increase in the perception of bank credit risk due to exposure to sovereign debt in particular, credit rating downgrades of sovereigns and of banks, and debt market speculation. Many European banks, including the Bank, at various points experienced restricted access to wholesale debt markets and to the interbank market, as well as a general increase in their cost of funding. Accordingly, reliance on direct borrowing from the European Central Bank (the "ECB") at times increased substantially. If such adverse credit market conditions were to reappear in the event of prolonged stagnation of growth, deflation, resurgence of the financial crisis, the sovereign debt crisis or new forms of financial crises, factors relating to the financial industry in general or to the Bank in particular, the effect on the liquidity of the European financial sector in general and the Bank in particular could be materially adverse and have a negative impact on the Bank's results of operations and financial condition.

*(13) Downgrades in the credit ratings of France or of BNPP may increase BNPP's borrowing cost.*

The Bank's cost of obtaining long-term unsecured funding from market investors is also directly related to its credit spreads, which in turn depend to a certain extent on its credit ratings. Increases in credit spreads can significantly increase the Bank's cost of funding. Changes in credit spreads are continuous, market-driven, and subject at times to unpredictable and highly volatile movements. Credit spreads are also influenced by market perceptions of creditworthiness of the Bank.

*(14) Significant interest rate changes could adversely affect BNPP's revenues or profitability.*

The amount of net interest income earned by the Bank during any given period significantly affects its overall revenues and profitability for that period. Interest rates are affected by many factors beyond the Bank's control, such as the level of inflation and the monetary policies of states, and government decisions relating to regulated savings rates.

Changes in market interest rates could affect the interest rates charged on interest-earning assets differently than the interest rates paid on interest-bearing liabilities. Any adverse change in the yield curve could cause a decline in the Bank's net interest income from its lending activities. In addition, maturity mismatches and interest rates rises relating to the Bank's short-term financing may adversely affect the Bank's profitability.

*(15) The prolonged low interest rate environment carries inherent systemic risks, and an exit from such environment also carries risks.*

Since the 2008-2009 financial crisis, global markets have been characterized by an extended period of low interest rates. During such periods, interest rate spreads tend to tighten, and the Bank may be unable to lower interest rates on deposits sufficiently to offset reduced income from lending at lower interest rates. In addition, the Bank has been facing an increase in early repayment and refinancing of mortgages and other fixed-rate consumer and corporate loans as clients take advantage of lower borrowing costs. This, along with the issuance of new loans at the low prevailing market interest rates, has resulted in a decrease in the average interest rate of the Bank's portfolio of loans thereby causing a decline in the Bank's net interest income from its lending activities. Moreover, an environment of persistently low interest rates can also have the effect of flattening the yield curve in the market more

generally, which could reduce the premium generated by the Bank from its funding activities. Additionally, the prolonged period of low interest rates may have contributed to, and may continue to contribute to, excessive risk-taking by financial market participants such as lengthening maturities of financings and assets held, more lenient lending standards and increased leveraged lending. Certain of the market participants that may have taken or may take additional or excessive risk are of systemic importance, and any unwinding of their positions during periods of market turbulence or stress (and hence reduced liquidity) could have a destabilizing effect on markets and could lead the Bank to record operating losses or asset impairments.

The end of a period of prolonged low interest rates, in particular due to tightening monetary policy, also carries risks. In this respect, the U.S. Federal Reserve has been tightening its monetary policy since 2015 and the ECB has announced that it will significantly reduce asset purchases between January and September 2018, and reductions could continue thereafter. Any sharper or more rapid than expected tightening could have a negative impact on the economic recovery. On the lending side, it could in particular cause stress in loan and bond portfolios, possibly leading to an increase in non-performing exposures and defaults. Moreover, it may cause additional financial strain on sovereigns with particularly high debt to GDP ratios, such as countries on the periphery of the Eurozone as well as in Africa, with attendant increased asset quality concerns for their lenders. The Bank's underwriting activity could also be affected particularly in relation to non-investment grade lending. On the borrowing side, should the Bank's hedging strategies prove ineffective or provide only a partial hedge, the Bank could incur losses due to higher refinancing costs. More generally, the ending of accommodative monetary policies (including liquidity infusions from central bank asset purchases) may lead to severe corrections in certain markets or asset classes (e.g., non-investment grade corporate and sovereign borrowers, certain sectors of equities and real estate) that particularly benefitted (including from very low risk premia as compared to historical averages) from the prolonged low interest rate and high liquidity environment, and such corrections could potentially be contagious to financial markets generally, including through substantially increased volatility.

(16) *The soundness and conduct of other financial institutions and market participants could adversely affect BNPP.*

The Bank's ability to engage in financing, investment and derivative transactions could be adversely affected by the soundness of other financial institutions or market participants. Financial institutions are interrelated as a result of trading, clearing, counterparty, funding or other relationships. As a result, defaults, or even rumours or questions about, one or more financial services institutions, or the financial services industry generally, may lead to market-wide liquidity problems and could lead to further losses or defaults. The Bank has exposure to many counterparties in the financial industry, directly and indirectly, including clearing houses, brokers and dealers, commercial banks, investment banks, mutual and alternative investment funds, and other institutional clients with which it regularly executes transactions. The Bank may also be exposed to risks related to the increasing involvement in the financial sector of players and the introduction of new types of transactions subject to little or no regulation (e.g., unregulated funds, trading venues or crowdfunding platforms). The Bank is exposed to credit and counterparty risk in the event of default or financial distress of the Bank's counterparties or clients. This risk could be exacerbated if the collateral held by the Bank cannot be realised upon or is liquidated at prices not sufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure due to the Bank or in case of a failure of a significant financial market participant

such as a central counterparty. It is worth noting in this respect that regulatory changes requiring mandatory clearing of standardized over-the-counter (OTC) derivatives through central counterparties have resulted in an increase of the exposure of financial market participants to such central counterparties.

In addition, fraud or misconduct by financial market participants can have a material adverse effect on financial institutions due in particular to the interrelated nature of the financial markets. An example is the fraud perpetrated by Bernard Madoff that came to light in 2008, as a result of which numerous financial institutions globally, including the Bank, announced losses or exposure to losses in substantial amounts. The Bank remains the subject of various claims in connection with the Madoff matter.

There can be no assurance that any losses resulting from the risks summarised above will not materially and adversely affect the Bank's results of operations.

*(17) BNPP may incur significant losses on its trading and investment activities due to market fluctuations and volatility.*

The Bank maintains trading and investment positions in the debt, currency, commodity and equity markets, and in unlisted securities, real estate and other asset classes, including through derivative contracts. These positions could be adversely affected by extreme volatility in these markets, i.e., the degree to which prices fluctuate over a particular period in a particular market, regardless of market levels. Moreover, volatility trends that prove substantially different from the Bank's expectations may lead to losses relating to a broad range of other products that the Bank uses, including swaps, forward and future contracts, options and structured products.

To the extent that the Bank owns assets, or has net long positions, in any of those markets, a market downturn could result in losses from a decline in the value of its positions. Conversely, to the extent that the Bank has sold assets that it does not own, or has net short positions in any of those markets, a market upturn could, in spite of the existing limitation of risks and control systems, expose it to potentially substantial losses as it attempts to cover its net short positions by acquiring assets in a rising market. The Bank may from time to time hold a long position in one asset and a short position in another, in order to hedge transactions with clients and/or from which it expects to gain based on changes in the relative value of the two assets. If, however, the relative value of the two assets changes in a direction or manner that the Bank did not anticipate or against which it is not hedged, the Bank might realise a loss on those paired positions. Such losses, if significant, could adversely affect the Bank's results and financial condition.

*(18) BNPP may generate lower revenues from brokerage and other commission and fee-based businesses during market downturns.*

Financial and economic conditions affect the number and size of transactions for which the Bank provides securities underwriting, financial advisory and other investment banking services. The Bank's revenues, which include fees from these services, are directly related to the number and size of the transactions in which it participates and can thus be significantly affected by economic or financial changes that are unfavourable to its Investment Banking business and clients. In addition, because the fees that the Bank charges for managing its clients' portfolios are in many cases based on the value or performance of those portfolios, a

market downturn that reduces the value of its clients' portfolios or increases the amount of withdrawals would reduce the revenues the Bank receives from its asset management, equity derivatives and private banking businesses. Independently of market changes, below-market performance by the Bank's mutual funds may result in increased withdrawals and reduced inflows, which would reduce the revenues the Bank receives from its asset management business. The Bank experienced some or all of these effects during the sharp market downturns of recent years and could experience them again in future market downturns, which may occur periodically and unexpectedly.

(19) *Protracted market declines can reduce liquidity in the markets, making it harder to sell assets and possibly leading to material losses.*

In some of the Bank's businesses, protracted market movements, particularly asset price declines, can reduce the level of activity in the market or reduce market liquidity. These developments can lead to material losses if the Bank cannot close out deteriorating positions in a timely way. This is particularly true for assets that are intrinsically illiquid. Assets that are not traded on stock exchanges or other public trading markets, such as certain derivative contracts between financial institutions, may have values that the Bank calculates using models rather than publicly-quoted prices. Monitoring the deterioration of prices of assets like these is difficult and could lead to significant losses that the Bank did not anticipate.

(20) *Laws and regulations adopted in recent years, particularly in response to the global financial crisis, as well as new legislative proposals, may materially impact BNPP and the financial and economic environment in which it operates.*

Laws and regulations have been enacted in the past few years or could be adopted, in particular in France, Europe and the United States, with a view to introducing a number of changes, some permanent, in the financial environment. The impact of the new measures has changed substantially the environment in which the Bank and other financial institutions operate. The new measures that have been or may be proposed and adopted include more stringent capital and liquidity requirements (particularly for large global banking groups such as the Bank), taxes on financial transactions, restrictions and increased taxes on employee compensation over specified levels, restrictions on certain types of activities considered as speculative undertaken by commercial banks that will be prohibited or need to be ring-fenced in subsidiaries (particularly proprietary trading), restrictions or prohibitions on certain types of financial products or activities, enhanced recovery and resolution regimes, changes to risk-weighting methodologies and the methods of using internal models that could lead to increased capital requirements, increased internal control and reporting requirements with respect to certain activities, more stringent governance and conduct of business rules, more extensive market abuse regulations, measures to improve the transparency and efficiency of financial markets and in particular to regulate high frequency trading, increased regulation of certain types of financial products including mandatory reporting of derivative and securities financing transactions, requirements either to mandatorily clear, or otherwise mitigate risks in relation to, over-the-counter derivative transactions (including through posting of collateral in respect of non-centrally cleared derivatives), enhanced privacy and cybersecurity requirements and the creation of new and strengthened supervisory bodies. Most of these measures have been adopted and are already applicable to the Bank; the principal such measures are summarized below. Other similar or new measures may be proposed and adopted.

- French and European Laws and regulations

In 2013 and 2014, France made significant changes to its legal and regulatory framework applicable to banking institutions. The French banking law of 26 July 2013 on the separation and regulation of banking activities (*Loi de séparation et de régulation des activités bancaires*) and the related implementing decrees and orders specified the required separation between financing operations activities and so-called "speculative" operations that have been, since 1 July 2015, conducted by ring-fenced subsidiaries subject to specific capital and liquidity requirements on a stand-alone basis. This banking law also introduced a mechanism for preventing and resolving banking crises, which is supervised by the French banking regulator ("*Autorité de Contrôle Prudentiel et de Résolution*", "ACPR") with expanded powers. In the event of a failure, the law provides for mechanisms such as the power to require banks to adopt structural changes, issue new securities, cancel outstanding equity or subordinated debt securities and convert subordinated debt into equity, and to require the intervention of the French Deposit Guarantee and Resolution Fund ("*Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution*"). The Ordinance of 20 February 2014 provided in particular for the strengthening of the governance rules within banking institutions, a reinforced and harmonised at the EU level sanctions regime, an extended scope of prudential surveillance with in particular additional prudential requirements, a harmonisation of the rules relating to the approval of credit institutions within the European Union, and an update of the rules relating to the consolidated surveillance and the exchange of information.

At the European level, many of the provisions of the EU Directive and Regulation on prudential requirements (the "CRD 4/CRR") dated 26 June 2013, implementing the Basel III capital requirements, took effect as of 1 January 2014 and many delegated and implementing acts provided for in the Directive and Regulation CRD 4/CRR were adopted in 2014. The prudential ratio requirements and the designation of the Bank as a systemically important financial institution increased the Bank's prudential requirements and may limit its ability to extend credit or to hold certain assets, particularly those with longer maturities. In addition, the Financial Stability Board published on 9 November 2015 the final principles and term sheet regarding total loss absorbing capacity ("TLAC", and such term sheet, the "FSB TLAC Term Sheet"), which will require "Global Systemically Important Banks" or "G-SIBs" (including the Bank), in addition to the Basel III capital requirements, to maintain a significant amount of liabilities and instruments readily available for bail-in in order to enable authorities to implement an orderly resolution that minimises impacts on financial stability, maintains the continuity of critical functions, and avoids exposing public funds to loss. Given the timing and manner of their adoption, the full impact of TLAC requirements on the Bank cannot be accurately predicted and could cause its financing costs to increase.

Regarding the European "Banking Union", the European Union adopted, in October 2013, a single supervisory mechanism (the "SSM") under the supervision of the ECB; as a consequence, since November 2014, the Bank, along with all institutions qualified as important in the euro zone, are now under the direct supervision of the ECB, with respect to prudential regulation matters entrusted to the ECB by Council Regulation dated 15 October 2013. Within the SSM, the ECB is, in particular, tasked with carrying out an annual supervisory review and evaluation process (SREP), stress tests and specific reviews (such as the targeted review of internal models), in connection with which it has powers to require banks to hold capital in excess of minimum capital requirements, and more generally to impose additional liquidity requirements or other supervisory measures. Such measures could have an adverse impact on the Bank's results of operations and financial condition.



In addition to the SSM, the EU Bank Recovery and Resolution Directive of 15 May 2014 (the "BRRD"), implemented in France by the Ordinance of 20 August 2015, strengthens the tools to prevent and resolve banking crises, in particular in order to ensure that any losses are borne in priority by banks' creditors and shareholders and to minimize taxpayers' exposure to losses and provides for the implementation of resolution funds at the national levels.

Under the BRRD and the Ordinance of 20 August 2015, the ACPR or the single resolution board (the "SRB"), which was established by Regulation of the European Parliament and of the Council of 15 July 2014 establishing uniform rules and a uniform procedure for the resolution of credit institutions and certain investment firms in the framework of a single resolution mechanism (the "SRM") and a single resolution fund (the "SRF"), may commence resolution proceedings in respect of a banking institution, such as the Bank, with a view to ensure the continuity of critical functions, to avoid the risks of contagion and to recapitalize or restore the viability of the institution.

Resolution powers are to be implemented so that, subject to certain exceptions, losses are borne first by shareholders, then by holders of additional capital instruments qualifying as tier 1 and tier 2 (such as subordinated bonds), then by the holders of senior non preferred debt and finally by the holders of senior preferred debt, all in accordance with the order of their claims in normal insolvency proceedings.

Resolution authorities have broad powers to implement resolution measures with respect to institutions and groups subject to resolution proceedings, which may include (without limitation): the total or partial sale of the institution's business to a third party or a bridge institution, the separation of assets, the replacement or substitution of the institution as obligor in respect of debt instruments, the full or partial write-down of capital instruments, the dilution of capital instruments through the issuance of new equity, the full or partial write-down or conversion into equity of debt instruments, modifications to the terms of debt instruments (including altering the maturity and/or the amount of interest payable and/or imposing a temporary suspension on payments), discontinuing the listing and admission to trading of financial instruments, the dismissal of managers or the appointment of a special manager (*administrateur spécial*).

Certain powers, including the full or partial write-down of capital instruments, the dilution of capital instruments through the issuance of new equity, the full or partial write-down or conversion into equity of additional capital instruments qualifying as tier 1 and tier 2 (such as subordinated bonds), can also be exercised as a precautionary measure, outside of resolution proceedings and/or pursuant to the European Commission's State Aid framework if the institution requires exceptional public financial support.

The implementation of these tools and powers may result in significant structural changes to the relevant financial institutions and their groups (including as a result of asset or business sales or the creation of bridge institutions) and in a partial or total write-down, modification or variation of claims of shareholders and creditors. Such powers may also result, after any transfer of all or part of the Bank's business or separation of any of its assets, in the holders of securities (even in the absence of any such write-down or conversion) being left as the creditors of the Bank whose remaining business or assets are insufficient to support the claims of all or any of the creditors of the Bank.

Pursuant to the SRM, on 19 December 2014, the Council adopted the proposal for a Council implementing act to calculate the contributions of banks to the SRF, which replaces national resolution funds as from 1 January 2016 and provides for annual contributions to the SRF to be made by banks calculated on the basis of their liabilities, excluding own funds and covered deposits and adjusted for risks. Moreover, the European Commission Regulation dated 21 October 2014, adopted pursuant to the BRRD provides for an obligation for banks to have adequate financial resources to ensure the effective application of the resolution tools and powers by the relevant resolution authority. In this context, the resolution authorities, such as the ACPR or the SRB, determined the annual contributions that must be paid to resolution financing arrangements by each banking institution in proportion to its risk profile. As a consequence, contributions to the SRF and to resolution financing arrangements are significant for the Bank and hence weigh on its results of operations.

Moreover, the Directive of 16 April 2014 on deposit guarantee schemes, transposed into French law by the Ordinance of 20 August 2015, created national deposit guarantee schemes. Other proposals for legislative and regulatory reforms could also have an impact if they were enacted into law. Thus, a draft European Parliament Regulation dated 24 November 2015 completed such Directive of 16 April 2014 through a step plan to create a European deposit insurance scheme that will progressively cover all or part of participating national deposit guarantee schemes.

On 23 November 2016, the European Commission issued several legislative proposals proposing to amend a number of key EU banking directives and regulations, including CRD 4/CRR, BRRD and the SRM, the purpose of which is *inter alia* to reflect more accurately long-term funding risk and excessive leverage, increase the loss-absorption capacity of globally significant institutions, improve the treatment of market risks by increasing the risk sensitivity of the existing rules and increase convergence within the European Union in the area of insolvency law and restructuring proceedings, particularly through the introduction of a moratorium tool. Several modified legislative proposals have been made subsequently and it is possible that further modifications will be made before final adoption. On 8 November 2017, the ECB published two opinions on these proposals. These proposals remain subject to amendments by the Parliament and the Council and are scheduled to be adopted in 2019. It is not yet possible to assess whether these proposals will be adopted in full or what their impact will be.

In December 2017, the Basel Committee's oversight body, the Group of Central Bank Governors and Heads of Supervision (GHOS), endorsed the outstanding Basel III post-crisis regulatory reforms. The reforms endorsed by the GHOS include a revised standardized approach for credit risk, revisions to the internal ratings-based approach for credit risk, revisions to the credit valuation adjustment (CVA) framework, a revised standardized approach for operational risk, revisions to the measurement of the leverage ratio and a leverage ratio buffer for G-SIBs (including the Bank), which will take the form of a Tier 1 capital buffer set at 50% of a G-SIB's risk-weighted capital buffer; and an aggregate output floor, which will ensure that banks' risk-weighted assets (RWAs) generated by internal models are no lower than 72.5% of RWAs as calculated by the Basel III framework's standardized approaches. These new rules are expected to come into effect in 2022 and the output floor is expected to be implemented gradually beginning in January 2022 and reaching its final level in 2027. This proposal will be subject to consultation and impact assessment before it is implemented into EU law.

Finally, new regulations designed to enhance the transparency and soundness of financial markets, such as the so-called "EMIR" Regulation of 4 July 2012 on OTC derivatives, central counterparties and trade repositories and the measures adopted or to be adopted thereunder (including in relation to the Commission delegated Regulation of 4 October 2016 that specifies how margin should be calculated and exchanged in respect of non-cleared OTC derivative contracts), Regulation of 25 November 2015 on transparency of securities financing transactions and Directive and Regulation of 15 May 2014 on markets in financial instruments (MiFID 2) may be a source of additional uncertainty and compliance risk and, more generally, the costs incurred due to the implementation of such regulations may have a negative impact on the profitability of certain activities currently conducted by the Bank and weigh on the Bank's results of operations and financial condition.

In May and June 2017, the Commission published two proposed regulations amending EMIR. Among the proposed changes, the EU authorities' power to supervise third country central counterparties would be strengthened and, when a third country central counterparty poses significant risks to the financial stability of the Member States, EU authorities could request that such central counterparty be established and authorized in the EU (so-called "location policy"). While the full implications of such location policy, particularly in the context of Brexit, remain uncertain, it could, if implemented, entail operational risks and increased costs and therefore weigh on the Bank's results of operations and financial condition.

#### *- U.S. Laws and Regulations*

Bank regulation in the United States has been substantially changed and expanded in the wake of the financial crisis, including as follows. A final rule issued by the Board of Governors of the U.S. Federal Reserve System (the "Federal Reserve Board") imposing enhanced prudential standards on the U.S. operations of large foreign banks required the Bank to designate or create an intermediate holding company ("IHC") for its U.S. subsidiaries by 1 July 2016. The Bank's IHC, BNP Paribas USA, Inc., must comply with risk-based and leverage capital requirements, liquidity requirements, long-term debt requirements, supervisory stress testing and capital planning requirements as well as other enhanced prudential requirements on a consolidated basis at the IHC level. On 10 April 2018, the Federal Reserve Board issued a proposal that would, among other things, replace an IHC's current fixed capital conservation buffer with an institution-specific risk-based "stress capital buffer" ("SCB") and introduce a new stress Tier 1 leverage buffer requirement ("SLB"). Under the proposal, the SCB and SLB would be recalibrated annually based on the IHC's projected losses under the severely adverse stress scenario in the Federal Reserve Board's supervisory stress tests. The proposal could increase capital requirements and associated compliance burden for IHCs. In addition, on 14 June 2018, the Federal Reserve Board adopted single counterparty credit limits ("SCCL") that will apply to (i) the combined operations of a foreign banking organization that has \$250 billion or more in global consolidated assets (such as the Bank), unless it can certify to the Federal Reserve Board that it meets the large exposure standards on a consolidated basis established by its home-country supervisor that are consistent with the Basel large exposures framework; and (ii) the U.S. IHC subsidiary of any such foreign banking organization (including BNP Paribas USA, Inc). The SCCL become effective on 1 January 2020 for the Bank and on 1 July 2020 for its U.S. IHC. Under proposals that remain under consideration, the IHC and the combined U.S. operations of the Bank may become subject to an early remediation regime which could be triggered by risk-based capital, leverage, stress tests, liquidity, risk management and market indicators. The Federal Reserve Board has also indicated that it is considering future

rulemakings that could apply the U.S. rules implementing the Basel III liquidity coverage ratio and net stable funding ratio to the combined U.S. operations (including U.S. branch operations) of certain large foreign banking organizations. The scope and timing for the implementation of these liquidity requirements as well as additional expected changes to the capital and stress testing requirements and their impact on the Bank is difficult to predict at this point. On 15 December 2016, the Federal Reserve Board issued final rules that implement in the United States the Financial Stability Board's standards for a TLAC framework (the "U.S. TLAC rules"). The final rules require, among other things, the Bank's U.S. IHC to maintain minimum levels of TLAC, consisting of the IHC's Tier 1 capital plus a minimum amount of long-term debt satisfying certain eligibility criteria, and a related TLAC buffer. The Bank will be subject to these requirements commencing 1 January 2019. The Bank's U.S. IHC will be required to issue this long-term debt internally to the Bank or any foreign affiliate that is wholly owned, directly or indirectly, by the Bank, for so long as the Bank's U.S. IHC is considered a "non-resolution covered IHC" under the U.S. TLAC rules, meaning the Bank is subject to a single-point-of-entry resolution strategy that does not involve the U.S. IHC entering to resolution or similar proceedings in the United States. The rules also impose limitations on the types and amount of other financial transactions that the Bank's U.S. IHC may engage in. On 23 September 2016, the Federal Reserve Board proposed additional prudential requirements with respect to the physical commodity activities of financial holding companies ("FHCs") (such as the Bank), including significantly elevated capital requirements for physical commodity activities (and for investments in merchant banking companies that engage in physical commodity activities) that, according to the Federal Reserve Board, have the potential to expose an FHC to environmental liability. Finally, the "Volcker Rule", adopted by the U.S. regulatory authorities in December 2013, places certain restrictions on the ability of U.S. and non-U.S. banking entities, including the Bank and its affiliates, to engage in proprietary trading and to sponsor or invest in private equity and hedge funds. The Bank was generally required to come into compliance with the Volcker Rule by July 2015, although the Federal Reserve Board extended the conformance deadline for pre-2014 "legacy" investments in and relationships with private equity funds and hedge funds until 21 July 2017. In June 2017, the Federal Reserve Board granted the Bank an extended transition period to conform investments in certain illiquid funds under the Volcker Rule for an additional five years (i.e., until 21 July 2022). On 30 May 2018, the Federal Reserve Board and other federal regulators requested comment on proposed modifications to the Volcker Rule, including modifications to the scope of restrictions on proprietary trading and investments in covered funds. It cannot be predicted at this time what, if any, modifications to the Volcker Rule will be adopted or what the impact of such changes would be on the Bank. U.S. regulators have also recently adopted or proposed new rules regulating OTC derivatives activities under Title VII of the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (the "Dodd-Frank Act"). In late 2015, the Federal Reserve Board and other U.S. banking regulators finalized margin requirements applicable to uncleared swaps and security-based swaps entered into by swap dealers, major swap participants, security-based swap dealers and major security-based swap participants that are regulated by one of the U.S. banking regulators, including the Bank. These margin requirements, which began to come into effect in phases beginning in September 2016, require the Bank to post and collect additional, high-quality collateral for certain transactions, increasing the costs of uncleared swaps and security-based swaps offered by the Bank to its customers who are "U.S. persons" as defined under the rules which apply globally. The U.S. Commodity Futures Trading Commission also finalized rules in 2016 that will require additional interest rate swaps to be cleared, which are expected to come into effect in phases based on the implementation of parallel clearing requirements in non-U.S. jurisdictions and in any event by October 2018,

and has also proposed rules that would apply position limits to certain physical commodity swaps. The U.S. Securities and Exchange Commission also finalized rules in 2015 and 2016 regarding the registration of security-based swap dealers and major security-based swap participants, business conduct and trade acknowledgment and verification requirements for such entities, and obligations relating to transparency and mandatory reporting of security-based swap transactions. Further rules and regulations are expected in 2018 to complete this regulatory framework. The scope and timing for the implementation of these requirements, and therefore their impact on the Bank's swap business, is difficult to predict at this stage.

On 24 May 2018, the United States enacted the Economic Growth, Regulatory Relief, and Consumer Protection Act (the "Relief Act") which adopts certain limited amendments to the Dodd-Frank Act as well as certain other targeted modifications to other regulatory requirements. The Relief Act preserves the fundamental elements of the Dodd-Frank regulatory framework, including application of enhanced prudential standards, but generally increases the threshold for their application from \$50 billion to \$250 billion in total consolidated assets. However, the Relief Act did not revise the requirements relating to the formation of IHCs.

In sum, extensive legislative and regulatory reform in respect of financial institutions has been enacted in recent years and some remains in progress. In addition, there remains uncertainty surrounding the regulatory agenda of the current administration which includes additional proposals to repeal or significantly reduce additional elements of the Dodd-Frank Act. It is impossible to accurately predict which additional measures will be adopted or to determine the exact content of such measures and, given the complexity and uncertainty of a number of these measures, their ultimate impact on the Bank. The overall effect of these measures, whether already adopted or in the process of being adopted, has been and may further be to restrict the Bank's ability to allocate and apply capital and funding resources, limit its ability to diversify risk, reduce the availability of certain funding and liquidity resources, increase its funding costs, increase the cost for or reduce the demand for the products and services it offers, result in the obligation to carry out internal reorganizations, structural changes or divestitures, affect its ability to conduct (or impose limitations on) certain types of business as currently conducted, limit its ability to attract and retain talent, and, more generally, affect its competitiveness and profitability, which would in turn have an adverse effect on its business, financial condition, and results of operations.

(21) *BNPP is subject to extensive and evolving regulatory regimes in the jurisdictions in which it operates.*

The Bank faces the risk of changes in legislation or regulation in all of the countries in which it operates, including, but not limited to, the following:

- monetary, liquidity, interest rate and other policies of central banks and regulatory authorities;
- changes in government or regulatory policy that may significantly influence investor decisions, in particular in the markets in which the Group operates;
- changes in regulatory requirements applicable to the financial industry, such as rules relating to applicable governance, remunerations, capital adequacy and liquidity

frameworks, restrictions on activities considered as speculative and recovery and resolution frameworks;

- changes in securities regulations as well as in financial reporting, disclosure and market abuse regulations;
- changes in the regulation of certain types of transactions and investments, such as derivatives and securities financing transactions and money market funds;
- changes in the regulation of market infrastructures, such as trading venues, central counterparties, central securities depositories, and payment and settlement systems;
- changes in the regulation of payment services, crowdfunding and fintech;
- changes in the regulation of data privacy and cybersecurity;
- changes in tax legislation or the application thereof;
- changes in accounting norms;
- changes in rules and procedures relating to internal controls, risk management and compliance; and
- expropriation, nationalisation, price controls, exchange controls, confiscation of assets and changes in legislation relating to foreign ownership.

These changes, the scope and implications of which are highly unpredictable, could substantially affect the Bank and have an adverse effect on its business, financial condition and results of operations. Some reforms not aimed specifically at financial institutions, such as measures relating to the funds industry or promoting technological innovation (such as open data projects), could facilitate the entry of new players in the financial services sector or otherwise affect the Bank's business model, competitiveness and profitability, which could in turn affect its financial condition and results of operations.

*(22) BNPP may incur substantial fines and other administrative and criminal penalties for non-compliance with applicable laws and regulations, and may also incur losses in related (or unrelated) litigation with private parties.*

The Bank is exposed to regulatory compliance risk, i.e. the failure to comply fully with the laws, regulations, codes of conduct, professional norms or recommendations applicable to the financial services industry. This risk is exacerbated by the adoption by different countries of multiple and occasionally diverging and even conflicting legal or regulatory requirements. Besides damage to the Bank's reputation and private rights of action (including class actions introduced into French law in 2014), non-compliance could lead to material legal proceedings, fines and expenses (including fines and expenses in excess of recorded provisions), public reprimand, enforced suspension of operations or, in extreme cases, withdrawal by the authorities of operating licenses. This risk is further exacerbated by continuously increasing regulatory scrutiny of financial institutions as well as substantial increases in the quantum of applicable fines and penalties. Moreover, litigation by private parties against financial institutions has substantially increased in recent years. Accordingly, the Bank faces significant

legal risk in its business, and the volume and amount of damages claimed in litigation, regulatory proceedings and other adversarial proceedings against financial services firms have substantially increased in recent years and may increase further.

In this respect, on 30 June 2014 the Bank entered into a series of agreements with, and was the subject of several orders issued by, U.S. federal and New York state government agencies and regulatory authorities including the U.S. Department of Justice, the New York County District Attorney's Office, the U.S. Attorney's Office for the Southern District of New York, the Board of Governors of the Federal Reserve System, the Office of Foreign Assets Control of the U.S. Department of the Treasury and the New York State Department of Financial Services, in settlement of investigations into violations of U.S. laws and regulations regarding economic sanctions. The fines and penalties imposed on the Bank as part of this settlement included, among other things, the payment of monetary penalties amounting in the aggregate to \$ 8.97 billion (€ 6.6 billion), guilty pleas by BNP Paribas S.A., the parent company of the BNP Paribas group, to charges of having violated U.S. federal criminal law (conspiracy to violate the Trading with the Enemy Act and the International Emergency Economic Powers Act) and New York State criminal law (conspiracy and falsifying business records), and the suspension of the New York branch of BNP Paribas for (a) a one-year period (2015) of USD direct clearing focused mainly on the Oil & Gas Energy and Commodity Finance business line in certain locations and (b) a two-year period of U.S. dollar clearing as a correspondent bank for unaffiliated third party banks in New York and London. Following this settlement, the Bank remains subject to increased scrutiny by regulatory authorities (including via the presence within the Bank of an independent consultant) who are monitoring its compliance with a remediation plan agreed with them.

The Bank is currently involved in various litigations and investigations. It may become involved in further such matters at any point. No assurance can be given that an adverse outcome in one or more of such matters would not have a material adverse effect on the Bank's operating results for any particular period.

*(23) Risks related to the implementation of BNPP's strategic plans and commitment to environmental responsibility.*

The Bank has announced a strategic plan for the 2017-2020 period presented on 7 February 2017. This plan contemplates a number of initiatives, including the implementation of new customer pathways, the digital transformation of the Bank, continuing to improve operating efficiency and various business development initiatives.

The plan includes a number of financial targets and objectives relating to net banking income, operating costs, net income, capital adequacy ratios and return on equity, among other things. These financial targets and objectives were established primarily for purposes of internal planning and allocation of resources, and are based on a number of assumptions with regard to business and economic conditions.

The Bank's actual results could vary significantly from these targets and objectives for a number of reasons, including the occurrence of one or more of the risk factors described elsewhere in this section.

Additionally, as part of the Bank's commitment to environmental responsibility within its CSR policy, it has announced a number of initiatives to support the energy transition towards a low-

carbon economy, including a reduction in financing for energies with the most negative environmental impact. These measures (and any future ones along similar lines) may in certain cases adversely affect the Bank's results in the relevant sectors.

(24) *BNPP may experience difficulties integrating acquired companies and may be unable to realise the benefits expected from its acquisitions.*

The Bank makes acquisitions on a regular basis. Integrating acquired businesses is a long and complex process. Successful integration and the realisation of synergies require, among other things, proper coordination of business development and marketing efforts, retention of key members of management, policies for effective recruitment and training as well as the ability to adapt information and computer systems. Any difficulties encountered in combining operations could result in higher integration costs and lower savings or revenues than expected. There will accordingly be uncertainty as to the extent to which anticipated synergies will be achieved and the timing of their realisation. Moreover, the integration of the Bank's existing operations with those of the acquired operations could interfere with the respective businesses and divert management's attention from other aspects of the Bank's business, which could have a negative impact on the business and results of the Bank. In some cases, moreover, disputes relating to acquisitions may have an adverse impact on the integration process or have other adverse consequences, including financial ones.

Although the Bank undertakes an in-depth analysis of the companies it plans to acquire, such analyses often cannot be complete or exhaustive. As a result, the Bank may increase its exposure to doubtful or troubled assets and incur greater risks as a result of its acquisitions, particularly in cases in which it was unable to conduct comprehensive due diligence prior to the acquisition.

(25) *Intense competition by banking and non-banking operators could adversely affect BNPP's revenues and profitability.*

Competition is intense in all of the Bank's primary business areas in France and the other countries in which it conducts a substantial portion of its business, including other European countries and the United States. Competition in the banking industry could intensify as a result of consolidation in the financial services area or as a result of the presence of new players in the payment and the financing services area or the development of crowdfunding platforms. In particular, competitors subject to less extensive regulatory requirements or to less strict capital requirements (e.g., debt funds, shadow banks), or benefiting from economies of scale, data synergies or technological innovation (e.g., internet and mobile operators, digital platforms, fintechs), could be more competitive. If the Bank is unable to respond to the competitive environment in France or in its other major markets by offering attractive and profitable product and service solutions, it may lose market share in key areas of its business or incur losses on some or all of its activities. In addition, downturns in the economies of its principal markets could add to the competitive pressure, through, for example, increased price pressure and lower business volumes for the Bank and its competitors. It is also possible that the presence in the global marketplace of State-owned financial institutions, or financial institutions benefiting from State guarantees or other similar advantages, or the imposition of more stringent requirements (particularly capital requirements and business restrictions) on large or systemically significant financial institutions, could lead to distortions in competition in a manner adverse to large private-sector institutions such as the Bank.



(26) *A substantial increase in new provisions or a shortfall in the level of previously recorded provisions could adversely affect BNPP's results of operations and financial condition.*

In connection with its lending activities, the Bank regularly establishes provisions for loan losses, which are recorded in its profit and loss account under "cost of risk". The Bank's overall level of provisions is based on its assessment of prior loss experience, the volume and type of lending being conducted, industry standards, past due loans, economic conditions and other factors related to the recoverability of various loans. Although the Bank seeks to establish an appropriate level of provisions, its lending businesses may have to increase their provisions for loan losses substantially in the future as a result of deteriorating economic conditions or other causes. Any significant increase in provisions for loan losses or a significant change in the Bank's estimate of the risk of loss inherent in its portfolio of non-impaired loans, as well as the occurrence of loan losses in excess of the related provisions, could have a material adverse effect on the Bank's results of operations and financial condition.

The Bank also establishes provisions for contingencies and charges including in particular provisions for litigations. Any loss arising from a risk that has not already been provisioned or that is greater than the amount of the provision would have a negative impact on the Bank's results of operation and, potentially, its financial condition.

(27) *BNPP's risk management policies, procedures and methods may leave it exposed to unidentified or unanticipated risks, which could lead to material losses.*

The Bank has devoted significant resources to developing its risk management policies, procedures and assessment methods and intends to continue to do so in the future. Nonetheless, the Bank's risk management techniques and strategies may not be fully effective in mitigating its risk exposure in all economic and market environments or against all types of risk, particularly risks that the Bank may have failed to identify or anticipate. The Bank's ability to assess the creditworthiness of its customers or to estimate the values of its assets may be impaired if, as a result of market turmoil such as that experienced in recent years, the models and approaches it uses become less predictive of future behaviour, valuations, assumptions or estimates. Some of the Bank's qualitative tools and metrics for managing risk are based on its use of observed historical market behaviour. The Bank applies statistical and other tools to these observations to arrive at quantifications of its risk exposures. The process the Bank uses to estimate losses inherent in its credit exposure or estimate the value of certain assets requires difficult, subjective, and complex judgments, including forecasts of economic conditions and how these economic predictions might impair the ability of its borrowers to repay their loans or impact the value of assets, which may, during periods of market disruption, be incapable of accurate estimation and, in turn, impact the reliability of the process. These tools and metrics may fail to predict future risk exposures, e.g., if the Bank does not anticipate or correctly evaluate certain factors in its statistical models, or upon the occurrence of an event deemed extremely unlikely by the tools and metrics. This would limit the Bank's ability to manage its risks. The Bank's losses could therefore be significantly greater than the historical measures indicate. In addition, the Bank's quantified modelling does not take all risks into account. Its more qualitative approach to managing certain risks could prove insufficient, exposing it to material unanticipated losses.

(28) *BNPP's hedging strategies may not prevent losses.*

If any of the variety of instruments and strategies that the Bank uses to hedge its exposure to various types of risk in its businesses is not effective, the Bank may incur losses. Many of its strategies are based on historical trading patterns and correlations. For example, if the Bank holds a long position in an asset, it may hedge that position by taking a short position in another asset where the short position has historically moved in a direction that would offset a change in the value of the long position. However, the hedge may only be partial, or the strategies used may not protect against all future risks or may not be fully effective in mitigating the Bank's risk exposure in all market environments or against all types of risk in the future. Unexpected market developments may also reduce the effectiveness of the Bank's hedging strategies. In addition, the manner in which gains and losses resulting from certain ineffective hedges are recorded may result in additional volatility in the Bank's reported earnings.

(29) *Adjustments to the carrying value of BNPP's securities and derivatives portfolios and BNPP's own debt could have an impact on its net income and shareholders' equity.*

The carrying value of the Bank's securities and derivatives portfolios and certain other assets, as well as its own debt, in its balance sheet is adjusted as of each financial statement date. Most of the adjustments are made on the basis of changes in fair value of its assets or its debt during an accounting period, with the changes recorded either in the income statement or directly in shareholders' equity. Changes that are recorded in the income statement, to the extent not offset by opposite changes in the value of other assets, affect its consolidated revenues and, as a result, its net income. All fair value adjustments affect shareholders' equity and, as a result, its capital adequacy ratios. The fact that fair value adjustments are recorded in one accounting period does not mean that further adjustments will not be needed in subsequent periods.

(30) *The expected changes in accounting principles relating to financial instruments may have an impact on BNPP's balance sheet, income statement and regulatory capital ratios and result in additional costs.*

In July 2014, the International Accounting Standards Board published International Financial Reporting Standard 9 ("IFRS 9") "Financial Instruments" adopted by the European Union, which replaced IAS 39 as from 1 January 2018. The standard amends and complements the rules on the classification and measurement of financial instruments and will lead the Bank to record certain reclassifications in substantial amounts on its balance sheet. The new standard includes an impairment model based on expected credit losses (ECL), while the IAS 39 model was based on provisions for incurred losses, and new rules on general hedge accounting. The new approach based on ECL will result in substantial additional impairment charges for the Bank and could add volatility to its regulatory capital ratios, and the costs incurred by the Bank relating to the implementation of such norms may have a negative impact on its results of operations.

(31) *BNPP's competitive position could be harmed if its reputation is damaged.*

Considering the highly competitive environment in the financial services industry, a reputation for financial strength and integrity is critical to the Bank's ability to attract and retain customers. The Bank's reputation could be harmed if it fails to adequately promote and

market its products and services. The Bank's reputation could also be damaged if, as it increases its client base and the scale of its businesses, the Bank's comprehensive procedures and controls dealing with conflicts of interest fail, or appear to fail, to address conflicts of interest properly. At the same time, the Bank's reputation could be damaged by employee misconduct, fraud or misconduct by market participants to which the Bank is exposed, a decline in, a restatement of, or corrections to its financial results, as well as any adverse legal or regulatory action such as the settlement the Bank entered into in with the U.S. authorities for violations of U.S. laws and regulations regarding economic sanctions. Such risks to reputation have recently increased as a result of the growing use of social networks within the economic sphere. The loss of business that could result from damage to the Bank's reputation could have an adverse effect on its results of operations and financial position.

*(32) An interruption in or a breach of BNPP's information systems may result in material losses of client or customer information, damage to BNPP's reputation and lead to financial losses.*

As with most other banks, the Bank relies heavily on communications and information systems to conduct its business. This dependency has increased with the spread of mobile and online banking services, and the development of cloud computing and blockchain technologies. Any failure or interruption or breach in security of these systems could result in failures or interruptions in the Bank's customer relationship management, general ledger, deposit, servicing and/or loan organisation systems. The Bank cannot provide assurances that such failures or interruptions will not occur or, if they do occur, that they will be adequately addressed. An increasing number of companies (including financial institutions) have in recent years experienced intrusion attempts or even breaches of their information technology security, some of which have involved sophisticated and highly targeted attacks on their computer networks. Because the techniques used to obtain unauthorised access, disable or degrade service, steal confidential data or sabotage information systems have become more sophisticated, change frequently and often are not recognised until launched against a target, the Bank and its third-party service providers may be unable to anticipate these techniques or to implement in a timely manner effective and efficient countermeasures. Any failures of or interruptions in the Bank's information systems or those of its providers and any subsequent disclosure of confidential information related to any client, counterpart or employee of the Bank (or any other person) or any intrusion or attack against the Bank's communication system could cause significant losses and have an adverse effect on the Bank's reputation, financial condition and results of operations.

*(33) Unforeseen external events may disrupt BNPP's operations and cause substantial losses and additional costs.*

Unforeseen events such as an adverse change in the political, military or diplomatic environments, political and social unrest, severe natural disasters or climate change-related events, a pandemic, terrorist attacks, military conflicts, cyber-attacks or other states of emergency could affect the demand for the products and services offered by the Bank, or lead to an abrupt interruption of the Bank's operations, in France or abroad, and could cause substantial losses that may not necessarily be covered by an insurance policy. Such losses can relate to property, financial assets, trading positions, personal data and key employees. Such unforeseen events could also lead to temporary or longer-term business interruption,

additional costs (such as relocation of employees affected) and increase the Bank's costs (particularly insurance premiums).

(34) *Risks of financial instability due to the conduct of monetary policies*

Two risks should be emphasised: a sharp increase in interest rates and the current very accommodating monetary policy being maintained for too long.

On the one hand, the continued tightening of monetary policy in the United States (which started in 2015) and the less-accommodating monetary policy in the euro zone (a planned reduction in assets purchases starting in January 2018) involve risks of financial turbulence. The risk of an inadequately controlled rise in long-term interest rates may in particular be emphasised, under the scenario of an unexpected increase in inflation or an unanticipated tightening of monetary policies. If this risk materialises, it could have negative consequences on the asset markets, particularly those for which risk premiums are extremely low compared to their historic average, following a decade of accommodating monetary policies (credit to non-investment grade corporates or countries, certain sectors of the equity markets, real estate, etc.).

On the other hand, despite the upturn since mid-2016, interest rates remain low, which may encourage excessive risk-taking among some financial market participants: lengthening maturities of financings and assets held, less stringent credit policy, and an increase in leveraged financings. Some of these participants (insurance companies, pension funds, asset managers, etc.) have an increasingly systemic dimension and in the event of market turbulence (linked for example to a sharp rise in interest rates and/or a sharp price correction) they could be brought to unwind large positions in relatively weak market liquidity.

(35) *Systemic risks related to increased debt*

Macroeconomically, the impact of a rate increase could be significant for countries with high public and/or private debt-to-GDP. This is particularly the case for the United States and certain European countries (in particular Greece, Italy, and Portugal), which are posting public debt-to-GDP ratios often above 100% but also for emerging countries.

Between 2008 and 2017, the latter recorded a marked increase in their debt, including foreign currency debt owed to foreign creditors. The private sector was the main source of the increase in this debt, but also the public sector to a lesser extent, particularly in Africa. These countries are particularly vulnerable to the prospect of a tightening in monetary policies in the advanced economies. Capital outflows could weigh on exchange rates, increase the costs of servicing that debt, import inflation, and cause the emerging countries' central banks to tighten their credit conditions. This would bring about a reduction in forecast economic growth, possible downgrades of sovereign ratings, and an increase in risks for the banks. While the exposure of the BNP Paribas Group to emerging countries is limited, the vulnerability of these economies may generate disruptions in the global financial system that could affect the Group and potentially alter its results.

It should be noted that debt-related risk could materialise, not only in the event of a sharp rise in interest rates, but also with any negative growth shocks.

(36) *Cyber security and technology risk*

BNPP's ability to do business is intrinsically tied to the fluidity of electronic transactions as well as the protection and security of information and technology assets.

The technological change is accelerating with the digital transformation and the resulting increase in the number of communications circuits, proliferation in data sources, growing process automation, and greater use of electronic banking transactions.

The progress and acceleration of technological change are giving cybercriminals new options for altering, stealing, and disclosing data. The number of attacks is increasing, with a greater reach and sophistication in all sectors, including financial services.

The outsourcing of a growing number of processes also exposes the BNP Paribas Group to structural cyber security and technology risks leading to the appearance of potential attack vectors that cybercriminals can exploit."

6. Im **Kapitel II. RISIKOFAKTOREN** in **Abschnitt C. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE WERTPAPIERE** unter **2. Wesentliche produktübergreifende Risikofaktoren**, werden im Prospekt Nr. 1 und in den Prospekten Nr. 3 bis Nr. 6 und in **Abschnitt C. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE OPTIONSSCHEINE** unter **2. Wesentliche produktübergreifende Risikofaktoren** werden im Prospekt Nr. 2 die bisherigen Angaben zur **EU-Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie** vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

**"EU-Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**

Am 2. Juli 2014 trat die Richtlinie 2014/59/EU zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen ("**Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**") in Kraft. Die Regeln der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie sollen den Behörden ein zuverlässiges Instrumentarium an die Hand geben, das ihnen eine rechtzeitige und rasche Intervention bei einem unsoliden oder ausfallenden Institut ermöglicht, sodass der Fortbestand der kritischen Finanz- und Wirtschaftsfunktionen des Instituts sichergestellt wird und gleichzeitig die Auswirkungen des Ausfalls eines Instituts auf die Wirtschaft und das Finanzsystem so gering wie möglich gehalten werden.

Die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie ist in allen Mitgliedsstaaten seit dem 1. Januar 2015 anwendbar; eine Ausnahme gilt für das allgemeine Bail-in-Instrument, das seit dem 1. Januar 2016 anzuwenden ist.

Die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie sieht vier Abwicklungsinstrumente und -befugnisse vor, die einzeln oder in Kombination angewendet werden können, sofern die zuständige Abwicklungsbehörde der Ansicht ist, (a) dass ein Institut ausfällt oder wahrscheinlich ausfällt, (b) dass nach vernünftigem Ermessen keine Aussicht besteht, dass der Ausfall des Instituts innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens durch alternative Maßnahmen der Privatwirtschaft abgewendet werden kann, und (c) dass eine Abwicklungsmaßnahme im öffentlichen Interesse ist: (i) Unternehmensveräußerung – ermöglicht es den Abwicklungsbehörden, die Veräußerung des Unternehmens, oder aller Vermögenswerte oder eines Teils der Vermögenswerte des Unternehmens ohne Zustimmung der Anteilseigner bzw. ohne Einhaltung der Verfahrensanforderungen anzuweisen, die anderenfalls anwendbar wären; (ii) Brückeninstitut – ermöglicht den Abwicklungsbehörden die Übertragung aller Vermögenswerte oder eines Teil der Vermögenswerte des Unternehmens an eine

"Brückenbank" (eine staatlich kontrollierte Einrichtung, die die Vermögenswerte oder einen Teil der Vermögenswerte hält, um sie weiter zu veräußern); (iii) Ausgliederung von Vermögenswerten – ermöglicht den Abwicklungsbehörden die Übertragung wertgeminderter oder problematischer Vermögenswerte an eine oder mehrere in öffentlichem Eigentum stehende, für die Vermögensverwaltung errichtete Zweckgesellschaften, die die auf sie übertragenen Vermögenswerte mit dem Ziel verwalten sollen, deren Wert bis zur späteren Veräußerung oder geordneten Liquidation zu maximieren (Anwendung zusammen mit einem anderen Abwicklungsinstrument möglich); und (iv) Bail-in – gibt den Abwicklungsbehörden die Befugnis, Ansprüche bestimmter unbesicherter Gläubiger eines ausfallenden Kreditinstituts herabzuschreiben und Ansprüche aus bestimmten unbesicherten Schuldtiteln, einschließlich Wertpapieren, in Eigenkapital umzuwandeln ("**allgemeines Bail-in-Instrument**" (*general bail-in tool*)), welches dann wiederum Gegenstand einer künftigen Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments sein könnte.

Zudem sieht die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie als letztes Mittel für einen Mitgliedsstaat - sofern die vorstehend genannten Abwicklungsinstrumente so umfassend wie möglich geprüft und eingesetzt wurden und die Finanzstabilität gewahrt ist – die Möglichkeit einer außerordentlichen finanziellen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln durch zusätzliche Stabilisierungsinstrumente vor. Dabei handelt es sich um staatliche Eigenkapitalunterstützung und Instrumente der vorübergehenden staatlichen Übernahme. Eine solche außerordentliche finanzielle Unterstützung muss im Einklang mit dem Rechtsrahmen der EU für staatliche Beihilfen erfolgen.

Ein Institut wird als ausfallend oder wahrscheinlich ausfallend angesehen, wenn es gegen die an eine anhaltende Zulassung geknüpften Anforderungen verstößt oder in naher Zukunft verstoßen dürfte, wenn seine Vermögenswerte geringer als seine Verbindlichkeiten sind oder in naher Zukunft sein dürften, wenn es nicht in der Lage ist oder in naher Zukunft nicht in der Lage sein dürfte, seine Schulden bei Fälligkeit zu begleichen, oder wenn es eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln benötigt (in begrenztem Umfang gelten Ausnahmen).

Die in der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vorgesehenen Befugnisse haben Auswirkungen auf die Verwaltung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und in bestimmten Fällen auf die Rechte von Gläubigern. Die Auswirkungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie und ihrer Durchführungsbestimmungen auf Kreditinstitute sind gegenwärtig unklar; ihre gegenwärtige und künftige Anwendung und Durchführung gegenüber der Garantin oder eine darauf beruhende Maßnahme könnte aber wesentliche Auswirkungen auf die Tätigkeit und Finanzlage der Garantin oder den Wert der Wertpapiere haben.

Infolge der Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie sollte Wertpapierinhabern bewusst sein, dass (i) die Fähigkeit der Garantin, ihren Verbindlichkeiten unter der Garantie nachzukommen, im Falle einer Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments gegenüber der Garantin beeinträchtigt sein könnte, und dass (ii) die Wertpapierinhaber in ihrer Eigenschaft als Begünstigte der Garantie im Fall der Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments gegenüber der Garantin von einer Herabschreibung der Wertpapiere (gegebenenfalls bis auf Null (0)) oder deren Umwandlung in Eigenkapital der Garantin betroffen sein können, falls sie gemäß den Bestimmungen der Garantie von der Garantin die Zahlung von unter der Garantie zahlbaren Beträgen verlangen. Durch diese Maßnahmen können die Wertpapierinhaber ihren Anspruch gegen die Garantin ganz oder teilweise verlieren. Die Ausübung oder eine mögliche Ausübung einer Befugnis im Rahmen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie könnte daher wesentliche Auswirkungen auf die

Rechte der Wertpapierinhaber, den Kurs oder Wert ihrer Anlage in Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Garantie haben.

#### *Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie in Frankreich*

Die Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie in Frankreich erfolgte im Wesentlichen durch zwei Gesetzgebungsakte. Zunächst hatte das Bankengesetz vom 26. Juli 2013 zur Trennung und Regulierung von Bankgeschäften (*Loi de séparation et de régulation des activités bancaires*) (in der durch die Verordnung zur Anpassung der Gesetzgebung an das Recht der Europäischen Union in Finanzangelegenheiten (*Ordonnance portant diverses dispositions d'adaptation de la législation au droit de l'Union européenne en matière financière*) vom 20. Februar 2014 geänderten Fassung ("**Bankengesetz**" (*Banking Law*)) die Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vorweggenommen. Anschließend wurde durch die Verordnung Nr. 2015-1024 vom 20. August 2015 zur Anpassung der Gesetzgebung an das Recht der Europäischen Union in Finanzangelegenheiten (*Ordonnance no 2015-1024 du 20 août 2015 portant diverses dispositions d'adaptation de la législation au droit de l'Union européenne en matière financière*) ("**Verordnung**" (*Ordinance*)), am 21. August 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, eine Reihe von Bestimmungen zur Änderung und Ergänzung des Bankengesetzes eingeführt, um französisches Recht an die Gesetzgebung der Europäischen Union in Finanzangelegenheiten anzupassen. Die Folgen zahlreicher Bestimmungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie entsprachen bereits denen der Bestimmungen des Bankengesetzes. Dekret Nr. 2015-1160 vom 17. September 2015 (*Decree no. 2015-1160 dated 17 September 2015, décret*) und drei Beschlüsse vom 11. September 2015 (*orders dated 11 September 2015, arrêtés*) zur Durchführung von Bestimmungen der Verordnung (i) zur Sanierungsplanung, (ii) zur Abwicklungsplanung und (iii) zu Kriterien zur Bewertung der Abwicklungsfähigkeit eines Instituts oder einer Gruppe, bekanntgemacht am 20. September 2015, verfolgten hauptsächlich das Ziel, die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie in Frankreich umzusetzen. Die Verordnung wurde durch das Gesetz Nr. 2016-1691 vom 9. Dezember 2016 (*Loi n°2016-1691 du 9 décembre 2016 relative à la transparence, à la lutte contre la corruption et à la modernisation de la vie économique*) ratifiziert, das auch Bestimmungen enthält, die die Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie klarstellen.

Seit der Veröffentlichung der delegierten Verordnung (EU) 2016-1450 vom 23. Mai 2016 im Amtsblatt vom 3. September 2016 zur Ergänzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Festlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, müssen französische Kreditinstitute (wie BNPP) nun jederzeit die Mindestanforderungen an die Eigenmittel und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (die "**MREL**") erfüllen. Die MREL wird als Prozentsatz der gesamten Verbindlichkeiten und des Eigenkapitals des Instituts ausgedrückt und zielt darauf ab, die Institute daran zu hindern, ihre Verbindlichkeiten so zu gestalten, dass die Wirksamkeit der Bail-in-Instrumente eingeschränkt oder verhindert wird.

Die Auswirkungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie und ihrer Durchführungsbestimmungen auf Kreditinstitute, einschließlich der Garantin, sind gegenwärtig unklar; ihre gegenwärtige und künftige Anwendung und Durchführung gegenüber der Garantin oder eine darauf beruhende Maßnahme könnte aber wesentliche Auswirkungen auf die Tätigkeit und Finanzlage der Garantin oder den Wert der Wertpapiere haben.

Das französische Währungs- und Finanzgesetzbuch (*Code monétaire et financier*) in der durch die Verordnung geänderten Form sieht außerdem vor, dass die zuständige Abwicklungsbehörde in Ausnahmefällen bei der Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments bestimmte Verbindlichkeiten aus dem Anwendungsbereich der Herabschreibungs- oder Umwandlungsbefugnisse insbesondere dann vollständig oder teilweise ausschließen kann, wenn a) für diese Verbindlichkeiten ein Bail-in innerhalb einer angemessenen Frist nicht möglich ist; b) der Ausschluss zwingend erforderlich und angemessen ist, um die Kontinuität der kritischen Funktionen und Kerngeschäftsbereiche des in Abwicklung befindlichen Instituts sicherzustellen; c) der Ausschluss zwingend erforderlich und angemessen ist, um die Gefahr einer ausgedehnten Ansteckung abzuwenden, die das Funktionieren der Finanzmärkte, einschließlich der Finanzmarktinfrastrukturen, derart stören würde, dass dies die Wirtschaft eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union oder der Europäischen Union erheblich beeinträchtigen könnte; oder d) die Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments auf diese Verbindlichkeiten zu einer Wertvernichtung führen würde, bei der die von anderen Gläubigern zu tragenden Verluste höher wären, als wenn diese Verbindlichkeiten vom Bail-in ausgeschlossen würden. Beschließt die zuständige Abwicklungsbehörde also, eine berücksichtigungsfähige Verbindlichkeit oder eine Kategorie berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten ganz oder teilweise auszuschließen, kann der Umfang der auf andere berücksichtigungsfähige, nicht ausgeschlossene Verbindlichkeiten - gegebenenfalls gegenüber Wertpapierinhabern - angewandten Herabschreibung oder Umwandlung erweitert werden, um diesem Ausschluss Rechnung zu tragen. Wurden die Verluste, die von diesen Verbindlichkeiten absorbiert worden wären, nicht vollständig an andere Gläubiger weitergegeben, kann der französische Einlagensicherungsfonds (*Fonds de garantie des dépôts et de résolution*) oder eine entsprechende Einrichtung eines Mitgliedsstaats daraufhin innerhalb gewisser Grenzen, darunter unter der Voraussetzung, dass der Beitrag 5 Prozent der gesamten Verbindlichkeiten des Instituts nicht überschreiten wird, einen Beitrag an das sich in Abwicklung befindlichen Institut leisten, um (i) alle Verluste, die nicht von berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten absorbiert wurden, abzudecken und den Nettovermögenswert des in Abwicklung befindlichen Instituts wieder auf null zu bringen, und/oder (ii) Anteile oder andere Eigentumstitel oder Kapitalinstrumente des in Abwicklung befindlichen Instituts zu erwerben, um das Institut zu rekapitalisieren. Im letzten Schritt - falls dann noch Verluste verbleiben - könnte durch zusätzliche Stabilisierungsinstrumente eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Eine solche außerordentliche finanzielle Unterstützung muss im Einklang mit dem Rechtsrahmen der EU für staatliche Beihilfen erfolgen. Ein Institut wird als ausfallend oder wahrscheinlich ausfallend angesehen, wenn es gegen die an eine anhaltende Zulassung geknüpften Anforderungen verstößt oder in naher Zukunft verstoßen dürfte, wenn seine Vermögenswerte geringer als seine Verbindlichkeiten sind oder in naher Zukunft sein dürften, wenn es nicht in der Lage ist oder in naher Zukunft nicht in der Lage sein dürfte, seine Schulden bei Fälligkeit zu begleichen, oder wenn es eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln benötigt (in begrenztem Umfang gelten Ausnahmen).

Die in der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vorgesehenen Befugnisse werden Auswirkungen auf die Verwaltung von Kreditinstituten, einschließlich der Garantin, und Wertpapierfirmen, und in bestimmten Fällen auf die Rechte von Gläubigern haben. Infolge der Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie sollte Wertpapierinhabern bewusst sein, dass (i) die Fähigkeit der Garantin, ihren Verbindlichkeiten unter der Garantie nachzukommen, im Falle einer Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments gegenüber der Garantin beeinträchtigt sein könnte, und dass (ii) die Wertpapierinhaber in ihrer Eigenschaft als Begünstigte der Garantie im Fall der Anwendung des allgemeinen Bail-in-



Instruments gegenüber der Garantin von einer Herabschreibung der Wertpapiere (gegebenenfalls bis auf Null (0)) oder deren Umwandlung in Eigenkapital der Garantin betroffen sein können, falls sie gemäß den Bestimmungen der Garantie von der Garantin die Zahlung von unter der Garantie zahlbaren Beträgen verlangen. Durch diese Maßnahmen können die Wertpapierinhaber ihren Anspruch gegen die Garantin ganz oder teilweise verlieren. Die Ausübung oder eine mögliche Ausübung einer Befugnis im Rahmen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie könnte daher wesentliche Auswirkungen auf die Rechte der Wertpapierinhaber, den Kurs oder Wert ihrer Anlage in Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Garantie haben.

Es ist damit zu rechnen, dass die in der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie gegenwärtig vorgesehenen Befugnisse und deren Umsetzung im französischen Währungs- und Finanzgesetzbuch (*Code monétaire et financier*) Auswirkungen auf die Verwaltung von Kreditinstituten, einschließlich der Garantin, und großer Wertpapierfirmen (d.h. solcher, die nach der Eigenkapitalrichtlinie IV (*Capital Requirements Directive*, CRD) verpflichtet sind, ein Anfangskapital von Euro 730.000 zu halten), und in bestimmten Fällen auf die Rechte von Gläubigern haben. Für an der Bankenunion teilnehmende Mitgliedsstaaten (einschließlich Frankreich) erfolgt eine vollständige Harmonisierung des Spektrums verfügbarer Instrumente durch den einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism*, "**einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus**" oder "**SRM**"), die Mitgliedsstaaten sind aber berechtigt, auf nationaler Ebene zusätzliche Instrumente zur Bewältigung von Krisen vorzusehen, solange diese mit den Abwicklungszielen und -grundsätzen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vereinbar sind.

Das einheitliche Abwicklungsgremium (*Single Resolution Board*, "**Ausschuss**" oder "**SRB**") arbeitet insbesondere bei der Erstellung von Abwicklungsplänen eng mit der französischen Banken- und Versicherungsaufsicht (*Autorité de contrôle prudentiel et de résolution*, ACPR) zusammen. Seit dem 1. Januar 2016 stehen ihm seine vollen Abwicklungsbefugnisse zu, da die Voraussetzungen für die Übertragung nationaler Beiträge in den einheitlichen Abwicklungsfonds zu diesem Zeitpunkt erfüllt waren. Welche Auswirkungen die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie und die Bestimmungen französischen Rechts zu deren Umsetzung auf die Garantin haben, lässt sich noch nicht abschließend einschätzen; es kann keine Gewissheit geben, dass deren Umsetzung oder eine darin derzeit in Erwägung gezogene Maßnahme keine nachteiligen Auswirkungen auf die Rechte der Wertpapierinhaber, den Kurs oder Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Garantie haben.

Seit November 2014 führt die Europäische Zentralbank (European Central Bank, "**EZB**") die Aufsicht im Rahmen des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (*Single Supervisory Mechanism*, SSM) über bedeutende Kreditinstitute in den Mitgliedsstaaten der Eurozone. Außerdem wurde zum Zwecke der Harmonisierung der Abwicklung von Banken in der Eurozone ein einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus eingeführt. Wie oben bereits erwähnt, wird der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus durch den Ausschuss verwaltet. Gemäß Artikel 5(1) der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (*SRM Regulation*, "**SRM-Verordnung**") wird dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus bezüglich solcher Banken, die unter direkter Aufsicht der EZB stehen, die Wahrnehmung der Aufgaben und Ausübung der Befugnisse übertragen, die gemäß der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie von den Abwicklungsbehörden der Mitgliedsstaaten auszuüben bzw. wahrzunehmen sind. Anfang 2016 ist die Möglichkeit des Ausschusses zur Ausübung dieser Befugnisse in Kraft getreten.

Die Garantin wurde als bedeutendes Unternehmen im Sinne von Artikel 49(1) der Verordnungen zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (*SSM Regulations*, SSM-Verordnungen) benannt und untersteht daher in Zusammenhang mit dem einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus der direkten Aufsicht der EZB. Das bedeutet, dass die Garantin auch dem einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus SRM unterliegt, der 2015 in Kraft trat. Die SRM-Verordnung spiegelt die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie und nimmt in weiten Teilen auf diese Bezug, so dass der Ausschuss in der Lage ist, dieselben Befugnisse auszuüben, die anderenfalls der zuständigen nationalen Abwicklungsbehörde zustünden."

7. Im **Kapitel V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN** unter **1. Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen**, werden für jeden der vorgenannten Prospekte die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"Eine Beschreibung der BNP Paribas S.A. als Garantin (die "**Garantin**" oder "**BNPP**", wobei die BNPP gemeinsam mit ihren verbundenen Unternehmen auch als "**BNP Paribas Gruppe**" bezeichnet wird) ist

- im BNPP 2016 Registrierungsformular (in der englischen Sprachfassung),
- im BNPP 2017 Registrierungsformular (in der englischen Sprachfassung),
- in dem Ersten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular (in der englischen Sprachfassung),
- in dem Zweiten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular (in der englischen Sprachfassung),
- in dem Dritten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular (in der englischen Sprachfassung),

die an dieser Stelle durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen und gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG Bestandteil dieses Basisprospekts sind (siehe Abschnitt "VII. PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN") enthalten.

Eine weitere Angabe der Seitenzahlen im BNPP 2016 Registrierungsformular, im BNPP 2017 Registrierungsformular, im Ersten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular, im Zweiten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. im Dritten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular, auf die hinsichtlich der erforderlichen Angaben über die Garantin verwiesen wird, findet sich im Abschnitt "VII. PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN".

8. Im **Kapitel V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN** unter **3. Legal and Arbitration Proceedings**, wird für jeden der vorgenannten Prospekte die bisherige Angabe vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"Save as disclosed on pages 217 to 218 of the BNPP 2017 Registration Document, pages 98 to 100 of the First Update to the BNPP 2017 Registration Document and pages 169 and 170

of the Second Update to the BNPP 2017 Registration Document and pages 86 to 88 of the Third Update to the BNPP 2017 Registration Document, there have been no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which BNPP is aware), during the period covering at least the previous twelve (12) months which may have, or have had in the recent past, significant effects on the Guarantor's and/or the BNP Paribas Group's financial position or profitability."

Infolge dessen wird der Punkt **3. Wesentliche Gerichts- und Schiedsverfahren** der in **Anhang 1** für die im Prospekt Nr. 1 sowie der in **Anhang 2** für die im Prospekt Nr. 2 sowie der nach der letzten Seite in den Prospekten Nr. 3 bis Nr. 6 enthaltenen unverbindlichen deutschen Übersetzung der weiteren Angaben über die Garantin mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

### **"3. Gerichts- und Schiedsverfahren**

Mit Ausnahme der auf den Seiten 217 bis 218 des BNPP 2017 Registrierungsformulars, auf den Seiten 98 bis 100 des Ersten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular und auf den Seiten 169 und 170 des Zweiten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular und auf den Seiten 86 bis 88 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular dargestellten Verfahren, bestanden oder bestehen keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der BNPP noch anhängig sind oder eingeleitet werden können), die im Zeitraum der mindestens zwölf (12) letzten Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Garantin und/oder der BNP Paribas Gruppe auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben."

9. Im **Kapitel V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN** unter **4. Significant change in the Guarantor's financial or trading position**, werden für jeden der vorgenannten Prospekte die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"There has been no significant change in the financial or trading position of the BNP Paribas Group since 30 September 2018 (being the end of the last financial period for which interim financial statements have been published)."

Infolge dessen wird der Punkt **4. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der Garantin** der in **Anhang 1** für die im Prospekt Nr. 1 sowie der in **Anhang 2** für die im Prospekt Nr. 2 sowie der nach der letzten Seite der in den Prospekten Nr. 3 bis Nr. 6 enthaltenen **unverbindlichen deutschen Übersetzung der weiteren Angaben über die Garantin** mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"Es sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der BNP Paribas Gruppe seit dem 30. September 2018 (als dem Ende der letzten Finanzberichtsperiode, für die ein Quartalsfinanzbericht veröffentlicht worden ist) eingetreten."

10. Im **Kapitel VII. PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN** werden die unter **2. Per Verweis einbezogene Angaben in Bezug auf die Garantin** im Prospekt Nr. 1 und die unter **Abschnitt 3. Per Verweis einbezogene Angaben in Bezug auf die Garantin** in den Prospekten Nr. 2 bis Nr. 6 enthaltenen Angaben durch die nachfolgenden Angaben ergänzt:

"

**Prospekt Nr. 1:**

"

<p>(5) Angaben aus der aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) in englischer Sprache (das <b>"Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular"</b>), in dem in der nachstehenden Tabelle auf Seite 89 dieses Basisprospekts angegebenen Umfang;</p> <p>wobei das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular eine bei der AMF hinterlegte Übersetzung der in französischer Sprache erstellten aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) ist, die in englischer Sprache bei der AMF hinterlegt worden ist.</p>	<ul style="list-style-type: none"><li>• II. RISIKOFAKTOREN – B. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE GARANTIN (Seite 48 dieses Basisprospekts)</li><li>• V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN – 1. Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen (Seite 78 dieses Basisprospekts)</li></ul>
---	---

"

**Prospekt Nr. 2:**

"

<p>(5) Angaben aus der aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) in englischer Sprache (das <b>"Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular"</b>), in dem in der nachstehenden Tabelle auf Seite 99 dieses Basisprospekts angegebenen Umfang;</p> <p>wobei das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular eine bei der AMF hinterlegte Übersetzung der in französischer Sprache erstellten aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel</i></p>	<ul style="list-style-type: none"><li>• V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN – 1. Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen (Seite 85 dieses Basisprospekts)</li></ul>
---	---

<p>déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018) ist, die in englischer Sprache bei der AMF hinterlegt worden ist.</p>	
--	--

"

**Prospekt Nr. 3:**

"

<p>(5) Angaben aus der aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) in englischer Sprache (das "<b>Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular</b>"), in dem in der nachstehenden Tabelle auf Seite 125 dieses Basisprospekts angegebenen Umfang;</p> <p>wobei das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular eine bei der AMF hinterlegte Übersetzung der in französischer Sprache erstellten aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) ist, die in englischer Sprache bei der AMF hinterlegt worden ist.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN – 1. Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen (Seite 115 dieses Basisprospekts)</li> </ul>
--	--

"

**Prospekt Nr. 4:**

"

<p>(5) Angaben aus der aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) in englischer Sprache (das "<b>Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular</b>"), in dem in der nachstehenden Tabelle auf Seite 111 dieses Basisprospekts angegebenen Umfang;</p> <p>wobei das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular eine bei der AMF hinterlegte Übersetzung der in</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN – 1. Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen (Seite 121 dieses Basisprospekts)</li> </ul>
---	--

<p>französischer Sprache erstellen aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) ist, die in englischer Sprache bei der AMF hinterlegt worden ist.</p>	
--	--

"

**Prospekt Nr. 5:**

"

<p>(5) Angaben aus der aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) in englischer Sprache (das "<b>Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular</b>"), in dem in der nachstehenden Tabelle auf Seite 130 dieses Basisprospekts angegebenen Umfang;</p> <p>wobei das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular eine bei der AMF hinterlegte Übersetzung der in französischer Sprache erstellten aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) ist, die in englischer Sprache bei der AMF hinterlegt worden ist.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN – 1. <i>Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen</i> (Seite 112 dieses Basisprospekts)</li> </ul>
--	---

"

**Prospekt Nr. 6:**

"

<p>(5) Angaben aus der aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) in englischer Sprache (das "<b>Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular</b>"), in dem in der nachstehenden Tabelle auf Seite 134 dieses Basisprospekts angegebenen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• V. ANGABEN ÜBER DIE GARANTIN – 1. <i>Registrierungsformular, wie jeweils nachgetragen</i> (Seite 116 dieses Basisprospekts)</li> </ul>
---	---

<p>Umfang;</p> <p>wobei das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular eine bei der AMF hinterlegte Übersetzung der in französischer Sprache erstellten aktualisierten Fassung des BNPP 2017 Registrierungsformulars (<i>Troisième actualisation du Document de référence 2017 et rapport financier trimestriel déposée auprès de l'AMF le 30 octobre 2018</i>) ist, die in englischer Sprache bei der AMF hinterlegt worden ist.</p>	
---	--

Die darauf folgenden Absätze werden für jeden der Prospekte durch die Angaben mit den Verweisen auf das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular vollumfänglich wie folgt ersetzt:

"Soweit folgend auf bestimmte Teile des BNPP 2016 Registrierungsformulars sowie des BNPP 2017 Registrierungsformulars, des Ersten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular, des Zweiten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular verwiesen wird, sind nur diese Teile Bestandteile dieses Basisprospekts und die übrigen in dem BNPP 2016 Registrierungsformular sowie dem BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. dem Ersten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. dem Zweiten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. dem Dritten Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular enthaltenen Informationen sind für den Anleger nicht relevant oder bereits an anderer Stelle in diesem Basisprospekt enthalten.

Die oben genannten Dokumente können auf der Internetseite der Emittentin unter [www.derivate.bnppparibas.com/basisprospekte](http://www.derivate.bnppparibas.com/basisprospekte) abgerufen werden.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das BNPP 2016 Registrierungsformular sowie das BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. das Erste Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. das Zweite Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular jeweils nach den in Frankreich zur Umsetzung der Prospekttrichtlinie in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften bei der AMF hinterlegt worden sind. Die englische Sprachfassung des BNPP 2016 Registrierungsformulars sowie des BNPP 2017 Registrierungsformulars bzw. des Ersten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. des Zweiten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular bzw. des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular ist für die Zwecke dieses Basisprospektes rechtsverbindlich. Der (indirekte) Hinweis auf dem Deckblatt bzw. auf der zweiten Seite des jeweils vorgenannten Dokuments, wonach keine Einreichung bei der AMF erfolgt ist, ist für die Zwecke dieses Basisprospekts unbeachtlich."

11. Im **Kapitel VII. PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN** unter **2. Per Verweis einbezogene Angaben in Bezug auf die Garantin**, wird im Prospekt Nr. 1 nach der Tabelle Zweites Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular die nachfolgende Tabelle eingefügt:

"

Drittes Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular		
	<b>Vierteljährliche Finanzinformationen</b>	Seiten 4 bis 79 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Gruppendarstellung	Seite 3 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Ergebnisse des dritten Quartals 2018	Seiten 4 bis 79 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Bilanz zum 30. September 2018	Seite 80 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Kurzfristige ( <i>short term</i> ) und langfristige ( <i>long term</i> ) Kreditratings	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Verbundene Parteien	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Risikofaktoren	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Ereignisse aus der jüngsten Zeit	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Unternehmensführung</b>	Seite 82 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Risiken und Kapitalanforderungen (ungeprüft)</b>	Seiten 83 bis 85 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Zusätzliche Informationen</b>	Seiten 86 bis 89 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Einsehbare Dokumente	Seite 86 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Eventualverbindlichkeiten	Seiten 86 bis 88 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular



Drittes Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular		
	Wesentliche Veränderungen	Seite 89 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Abschlussprüfer</b>	Seite 90 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular

12. Im **Kapitel VII. PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN** unter **3. Per Verweis einbezogene Angaben in Bezug auf die Garantin**, wird in den Prospekten Nr. 2 bis Nr. 6 nach der Tabelle Zweites Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular die nachfolgende Tabelle eingefügt:

"

Drittes Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular		
	<b>Vierteljährliche Finanzinformationen</b>	Seiten 4 bis 79 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Gruppendarstellung	Seite 3 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Ergebnisse des dritten Quartals 2018	Seiten 4 bis 79 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Bilanz zum 30. September 2018	Seite 80 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Kurzfristige ( <i>short term</i> ) und langfristige ( <i>long term</i> ) Kreditratings	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Verbundene Parteien	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Ereignisse aus der jüngsten Zeit	Seite 81 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Unternehmensführung</b>	Seite 82 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Risiken und Kapitalanforderungen (ungeprüft)</b>	Seiten 83 bis 85 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular

<b>Drittes Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular</b>		
	<b>Zusätzliche Informationen</b>	Seiten 86 bis 89 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Einsehbare Dokumente	Seite 86 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Eventualverbindlichkeiten	Seiten 86 bis 88 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	Wesentliche Veränderungen	Seite 89 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular
	<b>Abschlussprüfer</b>	Seite 90 des Dritten Updates zum BNPP 2017 Registrierungsformular

13. Im **Kapitel X. BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS ANGEBOT** unter **6. Platzierung und Übernahme (Underwriting)** im Prospekt Nr. 1 und in den Prospekten Nr. 3 bis Nr. 6 und unter **5. Platzierung und Übernahme (Underwriting)** im Prospekt Nr. 2, werden die bisherigen Angaben mit dem nachfolgenden Text vollumfänglich ersetzt:

"Die Wertpapiere werden an oder nach dem maßgeblichen Emissionstermin der Wertpapiere von BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich oder von BNP Paribas S.A., gegebenenfalls handelnd durch ihre Niederlassung London (BNP Paribas S.A., Niederlassung London, 10 Harewood Avenue, London NW1 6AA, Vereinigtes Königreich) (wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben) übernommen und von BNP Paribas Arbitrage S.N.C. angeboten. BNP Paribas S.A. ist ein in Frankreich ansässiges Kreditinstitut. BNP Paribas Arbitrage S.N.C. ist ein in Frankreich ansässiges Finanzdienstleistungsunternehmen/Wertpapierhandelsunternehmen, das zur BNP Paribas Gruppe gehört."

14. Im **Kapitel XI. ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN**, werden im Prospekt Nr. 1 und in den Prospekten Nr. 3 bis Nr. 6 die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"Die Wertpapiere können in den Handel im Freiverkehr an der/den in den Endgültigen Bedingungen festgelegte(n) Börse(n) einbezogen werden, z.B. in den Freiverkehr der Börsen Frankfurt und/oder Stuttgart, oder Gegenstand eines Antrages auf Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt oder sonstigen gleichwertigen Märkten sein, z.B. am Regulierten Markt der Börsen Frankfurt, Stuttgart und/oder Luxemburg, oder an der Euro MTF, dem multilateralen Handelssystem der Börse Luxemburg. Es können zudem auch Wertpapiere begeben werden, die an keinem geregelten Markt oder sonstigen gleichwertigen Märkten zum Handel zugelassen oder notiert sind. Die Emittentin übernimmt im Hinblick auf die

Wertpapiere keine Rechtspflicht hinsichtlich des Zustandekommens einer Einbeziehung in den Handel oder der Aufrechterhaltung einer gegebenenfalls zu Stande gekommenen Einbeziehung in den Handel während der Laufzeit der Wertpapiere.

In den jeweiligen Endgültigen Bedingungen der Wertpapiere wird festgelegt, ob und ab wann die jeweiligen Wertpapiere (frühestens) zum Handel zugelassen bzw. notiert sind bzw. werden sollen. Im Fall einer Zulassung oder Notierung werden die entsprechende(n) Börse(n) und/oder multilateralen Handelssysteme festgelegt. Sofern zutreffend, werden die jeweiligen Endgültigen Bedingungen auch alle geregelten oder gleichwertigen Märkte angeben, auf denen nach Kenntnis der Emittentin Wertpapiere der gleichen Wertpapierkategorie, die zum Handel angeboten oder zugelassen werden sollen, bereits zum Handel zugelassen sind.

Unter gewöhnlichen Marktbedingungen wird BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich, regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Wertpapiere einer Emission stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe, des Zustandekommens oder der permanenten Verfügbarkeit derartiger Kurse. Insbesondere wird bei Eintreten einer außerordentlichen Anpassung gemäß den Wertpapierbedingungen der Handel regelmäßig bis zur Feststellung des Anpassungskurses ausgesetzt."

15. Im **Kapitel XI. ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN** werden im Prospekt Nr. 2 die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"Die Optionsscheine können in den Handel im Freiverkehr an der/den in den Endgültigen Bedingungen festgelegte(n) Börse(n) einbezogen werden, z.B. in den Freiverkehr der Börsen Frankfurt und/oder Stuttgart, oder Gegenstand eines Antrages auf Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt oder sonstigen gleichwertigen Märkten sein, z.B. am Regulierten Markt der Börsen Frankfurt, Stuttgart und/oder Luxemburg, oder an der Euro MTF, dem multilateralen Handelssystem der Börse Luxemburg. Es können zudem auch Optionsscheine begeben werden, die an keinem geregelten Markt oder sonstigen gleichwertigen Märkten zum Handel zugelassen oder notiert sind. Die Emittentin übernimmt im Hinblick auf die Optionsscheine keine Rechtspflicht hinsichtlich des Zustandekommens einer Einbeziehung in den Handel oder der Aufrechterhaltung einer gegebenenfalls zu Stande gekommenen Einbeziehung in den Handel während der Laufzeit der Optionsscheine.

In den jeweiligen Endgültigen Bedingungen der Optionsscheine wird festgelegt, ob und ab wann die jeweiligen Optionsscheine (frühestens) zum Handel zugelassen bzw. notiert sind bzw. werden sollen. Im Fall einer Zulassung oder Notierung werden die entsprechende(n) Börse(n) und/oder multilateralen Handelssysteme festgelegt. Sofern zutreffend, werden die jeweiligen Endgültigen Bedingungen auch alle geregelten oder gleichwertigen Märkte angeben, auf denen nach Kenntnis der Emittentin Optionsscheine der gleichen Wertpapierkategorie, die zum Handel angeboten oder zugelassen werden sollen, bereits zum Handel zugelassen sind.

Unter gewöhnlichen Marktbedingungen wird BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich, regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Optionsscheine einer Emission stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe, des Zustandekommens oder der permanenten Verfügbarkeit derartiger Kurse."

16. Im **Kapitel XII. ZUSÄTZLICHE ANGABEN** unter **6. Einsehbare Dokumente** werden für jeden der vorgenannten Prospekte die bisherigen Angaben ***In Bezug auf BNP Paribas S.A. als Garantin*** bezüglich des Quartalsfinanzberichts zum 30. September 2018 sowie um das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular ergänzt:

"

- die Satzung der BNPP als Garantin;
- die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der BNPP als Garantin zum, und für die Jahre endend am 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2017;
- der letzte veröffentlichte Quartalsfinanzbericht der BNPP als Garantin zum 30. September 2018;
- die Garantie der BNPP;
- das BNPP 2016 Registrierungsformular;
- das BNPP 2017 Registrierungsformular;
- das Erste Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular;
- das Zweite Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular und
- das Dritte Update zum BNPP 2017 Registrierungsformular."

17. Im **Kapitel XIII. WERTPAPIERBEDINGUNGEN** in **Abschnitt A, Teil I (Produktspezifische Bedingungen)** im **§ 1 Wertpapierrecht, Definitionen** im Prospekt Nr. 1 und in den Prospekten Nr. 4 bis Nr. 6 und im **§ 1 Optionsrecht, Definitionen** des jeweiligen Prospekts mit Verweis auf **Annex A** im Prospekt Nr. 2 und im **§ 1 Wertpapierrecht, Definitionen** des jeweiligen Prospekts mit Verweis auf **Annex A** im Prospekt Nr. 3, werden die bisherigen Angaben zur "Berechnungsstelle" vollumfänglich mit den nachfolgenden Angaben ersetzt:

"

**"Berechnungsstelle":** ist [BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich] [BNP Paribas S.A., 16 boulevard des Italiens, 75009 Paris, Frankreich] [BNP Paribas S.A., Niederlassung London, 10 Harewood Avenue, London NW1 6AA, Vereinigtes Königreich].

18. Im **Kapitel XIII. WERTPAPIERBEDINGUNGEN** in **Abschnitt B, Allgemeine Bedingungen** im **§ 8 Berechnungsstelle, Zahlstelle** in **Absatz (1)** in den Prospekten Nr. 1 und Nr. 3, werden die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich, BNP Paribas S.A., 16 boulevard des Italiens, 75009 Paris, Frankreich, oder BNP Paribas S.A., Niederlassung London, 10 Harewood Avenue, London NW1 6AA, Vereinigtes Königreich können als Berechnungsstelle ("Berechnungsstelle") tätig werden, wobei die Berechnungsstelle für das jeweilige Wertpapier in Abschnitt A, § 1 (Produktspezifische Bedingungen) der Endgültigen Bedingungen festgelegt wird. BNP Paribas Securities Services, Zweigniederlassung Frankfurt am Main, Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main ist die Zahlstelle ("Zahlstelle"). Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Berechnungsstelle und die Zahlstelle durch eine andere Bank oder ein anderes Finanzdienstleistungsinstitut, die bzw. das, im Falle der Zahlstelle, ihre bzw. seine Hauptniederlassung oder eine Zweigstelle in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, zu ersetzen, eine oder mehrere zusätzliche Berechnungsstellen bzw. Zahlstellen zu bestellen und deren Bestellung zu widerrufen. Ersetzung, Bestellung und Widerruf werden

unverzüglich gemäß § 9 in diesem Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) bekannt gemacht."

19. Im **Kapitel XIII. OPTIONSSCHEINBEDINGUNGEN** in **Abschnitt B, Allgemeine Bedingungen** im **§ 8 Berechnungsstelle, Zahlstelle** in **Absatz (1)** im Prospekt Nr. 2, werden die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich, BNP Paribas S.A., 16 boulevard des Italiens, 75009 Paris, Frankreich, oder BNP Paribas S.A., Niederlassung London, 10 Harewood Avenue, London NW1 6AA, Vereinigtes Königreich können als Berechnungsstelle ("**Berechnungsstelle**") tätig werden, wobei die Berechnungsstelle für das jeweilige Wertpapier in Abschnitt A, § 1 (Produktspezifische Bedingungen) der Endgültigen Bedingungen festgelegt wird. BNP Paribas Securities Services, Zweigniederlassung Frankfurt am Main, Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main ist die Zahlstelle ("**Zahlstelle**"). Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Berechnungsstelle und die Zahlstelle durch eine andere Bank oder ein anderes Finanzdienstleistungsinstitut, die bzw. das, im Falle der Zahlstelle, ihre bzw. seine Hauptniederlassung oder eine Zweigstelle in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, zu ersetzen, eine oder mehrere zusätzliche Berechnungsstellen bzw. Zahlstellen zu bestellen und deren Bestellung zu widerrufen. Ersetzung, Bestellung und Widerruf werden unverzüglich gemäß § 9 in diesem Abschnitt B der Optionsscheinbedingungen (Allgemeine Bedingungen) bekannt gemacht."

20. Im **Kapitel XIII. WERTPAPIERBEDINGUNGEN** in **Abschnitt B, Allgemeine Bedingungen** im **§ 11 Berechnungsstelle, Zahlstelle** in **Absatz (1)** in den Prospekten Nr. 4 bis Nr. 6, werden die bisherigen Angaben vollumfänglich mit dem nachfolgenden Text ersetzt:

"BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich, BNP Paribas S.A., 16 boulevard des Italiens, 75009 Paris, Frankreich, oder BNP Paribas S.A., Niederlassung London, 10 Harewood Avenue, London NW1 6AA, Vereinigtes Königreich können als Berechnungsstelle ("**Berechnungsstelle**") tätig werden, wobei die Berechnungsstelle für das jeweilige Wertpapier in Abschnitt A, § 1 (Produktspezifische Bedingungen) der Endgültigen Bedingungen festgelegt wird. BNP Paribas Securities Services, Zweigniederlassung Frankfurt am Main, Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main ist die Zahlstelle ("**Zahlstelle**"). Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Berechnungsstelle und die Zahlstelle durch eine andere Bank oder ein anderes Finanzdienstleistungsinstitut, die bzw. das, im Falle der Zahlstelle, ihre bzw. seine Hauptniederlassung oder eine Zweigstelle in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, zu ersetzen, eine oder mehrere zusätzliche Berechnungsstellen bzw. Zahlstellen zu bestellen und deren Bestellung zu widerrufen. Ersetzung, Bestellung und Widerruf werden unverzüglich gemäß § 12 in diesem Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) bekannt gemacht."